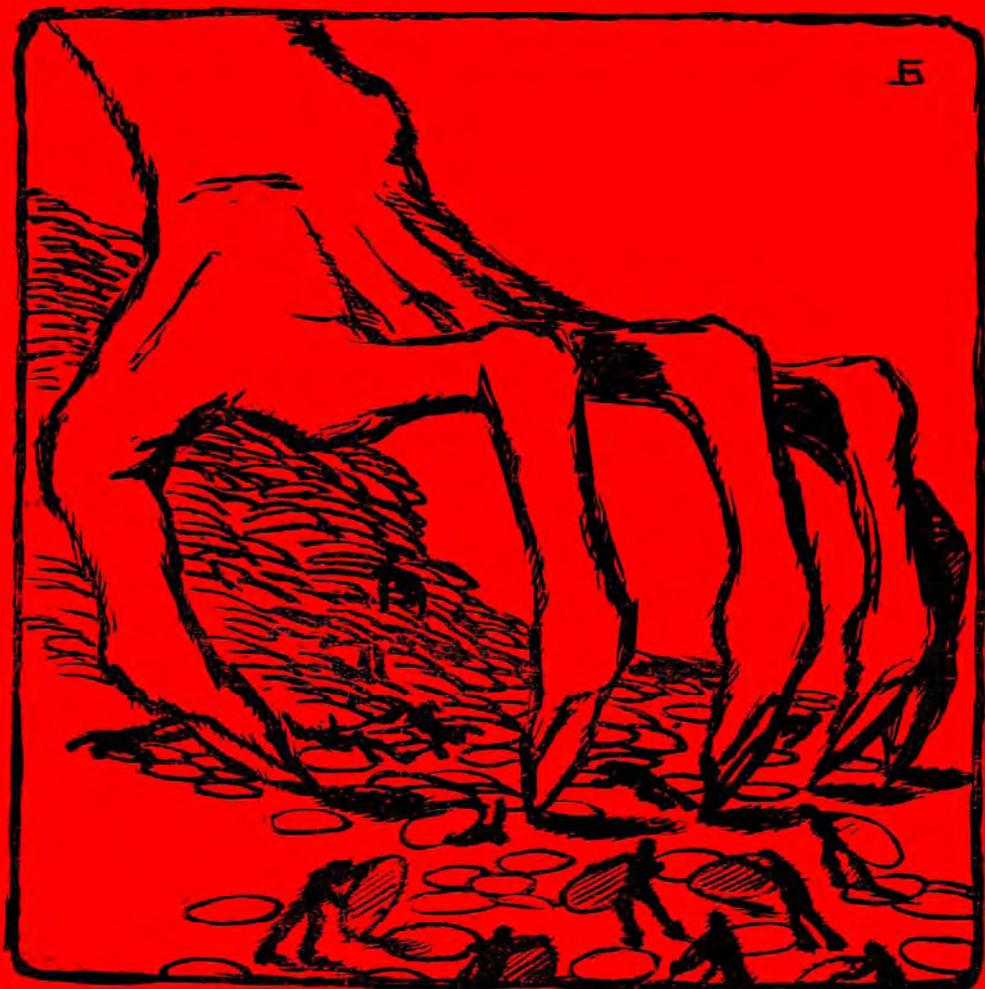


An Alle, Alle!



Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft

Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes.

**Mit Erläuterungen versehen
von
Dipl.-Ing. Gottfried Feder**

1 9 1 9

Verlag Jos. C. Huber, Diessen vor München.

Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes

Der Mammonismus ist die schwere, alles erfassende und überwuchernde Krankheit, an der unsere heutige Kulturwelt, ja die ganze Menschheit, leidet. Er ist wie eine verheerende Seuche, wie ein fressendes Gift, das die Völker der Welt ergriffen hat.

Unter Mammonismus ist zu verstehen: Zum einen die internationalen übergewaltigen Geldmächte, die über allem Selbstbestimmungsrecht der Völker thronende überstaatliche Finanzgewalt, das internationale Grosskapital, die einzig goldene Internationale; zum andern eine Geistesverfassung, die sich weitester Volkskreise bemächtigt hat; die unersättliche Erwerbsgier, die rein aufs Diesseitige gerichtete Lebensauffassung, die zu einem erschreckenden Sinken aller sittlichen Begriffe schon geführt hat und weiter führen muss.

Verkörpert und auf die Spitze getrieben ist diese Geistesverfassung in der internationalen Plutokratie.

Die Hauptkraftquelle des Mammonismus ist der mühe- und endlose Güterzufluss, der durch den Zins geschaffen wird.

Aus dem durch und durch unsittlichen Leihzinsgedanken ist die goldene Internationale geboren. Die aus der Gier nach Zins und Wucher jeder Art erwachsene geistige und sittliche Verfassung hat zu der erschreckenden Versumpfung eines Teiles der Bourgeoisie geführt.

Der Leihzinsgedanke ist die teuflische Erfindung des Grossleihkapitals, sie ermöglicht allein das träge Drogenleben einer Minderzahl von Geldmächtigen auf Kosten der schaffenden Völker und ihrer Arbeitskraft, sie hat zu den tiefen, unüberbrückbaren Gegensätzen, zum Klassenhass geführt, aus dem der Bürgerkrieg und Bruderkrieg geboren ist.

Ein einziges Heilmittel, das Radikalmittel zur Gesundung, der leidenden Menschheit ist

die Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes.

Die Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes bedeutet die einzig mögliche und endgültige Befreiung der schaffenden Arbeit von den geheimen übergewaltigen Geldmächten.

Die Brechung der Zinsknechtschaft bedeutet die Wiederherstellung der -freien Persönlichkeit, die Erlösung des Menschen aus der Versklavung, aus dem

Zauberbanne, in die seine Seele vom Mammonismus verstrickt wurde. Wer den Kapitalismus bekämpfen will, muss die Zinsknechtschaft brechen.

Wo muss die Brechung der Zinsknechtschaft einsetzen? Beim Leihkapital! Warum?

Weil das Leihkapital gegenüber allem industriellen Grosskapital so übermächtig ist, dass die grossen Geldmächte wirksam nur durch Brechung der Zinsknechtschaft des Leihkapitals bekämpft werden können. **20:1** ist das Verhältnis des Leihkapitals zum industriellen Grosskapital. Über **12** Milliarden Zinsen für das Leihkapital muss das deutsche Volk alljährlich in Gestalt von direkten und indirekten Steuern, von Mietzins und Lebensverteuerung aufbringen, während sogar in den Hochkonjunkturjahren des Krieges die Gesamtsumme aller von den deutschen Aktiengesellschaften ausgeschütteten Dividenden nur 1 Milliarde betrug.

Alle menschliche Berechnungsmöglichkeit übersteigend, das lawinenartige Wachstum des Leihkapitals durch ewigen, endlosen und mühelosen Güterzufluss aus Zins und Zinseszins.

Welchen Segen nun bringt die Brechung der Zinsknechtschaft für das arbeitende Volk Deutschlands, für die Proletarier aller Länder der Erde Die Brechung der Zinsknechtschaft gibt uns die Möglichkeit, die Aufhebung aller direkten und indirekten Steuern zu betreiben. Hört es, Ihr werteschaaffenden Menschen aller Länder, aller Staaten und Kontinente, alle aus direkten und indirekten Quellen fließenden Staatseinnahmen fließen restlos in die Taschen des Grossleihkapitals.

Die Erträgnisse der werbenden Staatsbetriebe, als da sind Post Telegraph, Telephone Eisenbahn, Bergwerke, Forsten u.s.w. reichen vollkommen aus, um alle notwendigen Staatsaufgaben für Erziehung, Bildung, Rechtspflege, Verwaltung, soziale Fürsorge daraus bestreiten zu können.

Also aller wahrer Sozialismus wird solange keinen Segen der Menschheit bringen, als die Erträgnisse aus den gemeinwirtschaftlichen Betrieben gegenüber dem Grossleihkapital tributpflichtig bleiben.

Darum fordern wir zunächst als Staatsgrundgesetz für die deutschen Völker, dann als Grundgesetz für alle jene Brüdervölker, welche mit uns die Kulturgemeinschaft eines Völkerbundes eingehen wollen, Folgendes:

§ 1. Die Kriegsanleihestücke, sowie alle übrigen Schuldtitel des deutschen Reiches, sowie alle übrigen Schuldtitel der deutschen Bundesstaaten, insbesondere Eisenbahnanleihen, ferner die Schuldverschreibungen alle Selbstverwaltungskörper werden unter Aufhebung der Zinspflicht zu gesetzlichen Zahlungsmitteln zum Nominalbetrag erklärt.

- § 2. Bei allen übrigen festverzinslichen Papieren, Pfandbriefen, Industrieobligationen, Hypotheken etc, tritt an Stelle der Zinspflicht, die Rückzahlungspflicht; nach 20 oder 25 Jahren ist somit je nach der Höhe der Verzinsung das geliehene Kapital zurückbezahlt und die Schuld erloschen.
- § 3. Alle Immobiliarschulden, Hypotheken etc. werden nach den im Grundbuch eingetragenen Lasten wie bisher ratenweise zurückbezahlt. Das auf diese Weise entschuldete Vermögen an Haus und Bodenbesitz wird anteilweise Eigentum des Staates oder des Selbstverwaltungskörpers. Auf diese Weise kommt der Staat in die Lage, die Mietpreise zu bestimmen und abzusenken.
- § 4. Das gesamte Geldwesen untersteht der Zentralstaatskasse.
Alle Privatbanken desgleichen, die Postscheckkassen, Sparkassen und Kreditgenossenschaften werden als Filialbetriebe angegliedert.
- § 5. Aller Realkredit wird nur durch die Staatsbank vergeben.
Personal- und Warenkredit wird den Privatbankiers überlassen gegen staatl. Konzession. Diese wird unter Berücksichtigung der Bedürfnisfrage und unter Verbot der Errichtung von Filialen für bestimmte Bezirke erteilt. Die Gebührenordnung wird vom Staate festgesetzt.
- § 6. Die Dividendenwerte werden in gleicher Weise wie. die festverzinslichen Papiere in jährlichen Raten von 5% getilgt. Die überschüssenden Gewinnerträge werden teilweise als Entschädigung für «riskiertes» Kapital (im Gegensatz zu den festverzinslichen und mündelsicheren Papieren) an die Aktieninhaber hinausbezahlt, während der weitere Überschuss durch das selbständige Recht der Arbeiterschaft entweder sozial verteilt oder zum Abbau der Preise der Produkte verwendet wird.
- § 7. Für alle Personen, die aus körperlichen Gründen (hohes Alter, Krankheit, körperliche oder geistige Arbeitsunfähigkeit, grosse Jugendlichkeit) nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, werden die bisherigen eventuell sogar erhöhten Zinserträge aus vorhandenen Kapitalvermögen als Leibrente weiterbezahlt gegen Einlieferung der Wertpapiere.
- § 8. Im Interesse eines Abbaues der bestehenden Inflation mit Zahlungsmitteln wird eine allgemeine stark gestaffelte Vermögenseinziehung vorgenommen, die in Krieganleihestücken oder anderen Schuldtiteln des Reiches oder der Staaten geleistet werden. Diese Papiere werden eingestampft.
- § 9. Durch intensivste Volksaufklärung ist dem Volke klarzumachen, dass das Geld nichts anderes ist und sein darf, als eine Anweisung auf geleistete Arbeit; da jede hochentwickelte Wirtschaft des Geldes als Austauschmittel zwar bedarf, aber, dass damit auch die Funktion des Geldes erfüllt ist und dem Geld auf keinem Fall durch den Zins eine überirdische Macht ver-

liehen sein kann, aus sich selbst heraus zu wachsen zu Lasten der schaffenden Arbeit.

Warum haben wir dies alles, was so selbstverständlich ist, was man als das Ei des Kolumbus für die soziale Frage bezeichnen muss, bisher noch nicht erreicht?

Weil wir in unserer mammonistischen Verblendung klar zu sehen verlernt haben, dass die Lehre von der Heiligkeit des Zinses ein ungeheurer Selbstbetrug ist, dass das Evangelium von dem allein seligmachenden Leihzins unser ganzes Denken in die goldenen Netze der internationalen Plutokratie verstrickt hat. Weil wir vergessen haben und geflissentlich von den allgewaltigen Geldmächtigen darüber im Unklaren gehalten werden, dass mit Ausnahme von wenigen Geldgewaltigen der angeblich so schöne und von den Gedankenlosen so geliebte Zins rein von den Steuern aufgezehrt wird.

Unsere ganze Steuergesetzgebung ist und bleibt, solange wir die Befreiung von der Zinsknechtschaft nicht haben, nur Tributpflicht gegenüber dem Grosskapital, nicht aber, was wir uns manchmal einbilden, freiwilliges Opfer zur Verwirklichung von Gemeinschaftsarbeit.

Deshalb ist die Befreiung von der Zinsknechtschaft des Geldes die klare Losung für die Weltrevolution, für die Befreiung der schaffenden Arbeit von den Fesseln der überstaatlichen Geldmächte.

Ausführung und Begründung

Wir stehen mitten in einer der schwersten Krisen, die unser armes Volk in feiner leidvoller Geschichte zu überstehen hat. Schwerkrank ist unser Volk, schwerkrank ist die ganze Welt. Hilflos stammeln die Völker; ein heisses Sehnen, ein Schrei nach Erlösung geht durch die dunklen Massen. Mit Lachen und Tanz, mit Kino und Umzügen sucht sich das Volk wie besinnungslos über sein eigenes jammervolles Schicksal hinwegzutäuschen. Hinwegzutäuschen über seine betrogenen Hoffnungen, hinwegzutäuschen über das tiefe innere Weh, ob der furchtbaren Enttäuschung über das was man als «Errungenschaften der Revolution» so gern bezeichnen möchte. Wie anders hat man sich doch das alles vorgestellt, wie anders lauteten doch all die schönen Versprechungen; gleissendes Gold schien alles zu sein, was man da nächtlicherweise in der Dunkelheit unseres militärischen Zusammenbruchs aufzulesen hoffte und nun, wo der graue Tag den Fund bescheint, sind es faule Holzstückchen.

Ratlos stehen wir nun da; um dieser faulen Holzstückchen willen, die in der Nacht so schön gegläntzt haben, haben wir alles weggeworfen, was uns bisher lieb und teuer war und haben uns alle Taschen vollgepfropft mit diesem

jammervollen Fund. Kein Wunder, dass gerade die Ärmsten der Armen die Wut der Verzweiflung packt und sie in sinnlosem Zorn gegen ihre eigenen Brüder wüten, und alles zu zerstören versuchen, was sich ihnen bei ihrer tiefen Sehnsucht nach Erlösung in den Weg stellt. Zum hellen Wahnsinn muss dieser Zustand führen, wenn Gewissenlosigkeit und Dummheit das Volk noch mehr aufpeitscht und wohin dieser Wahnsinn führt, das sehen wir im bolschewistischen Russland. Die Nationalisierung, wie in Russland die Sozialisierung heisst, hat sich als ein Fehlschlag erwiesen, verkündet Lenin seelenruhig. Die Wirtschaft ist zerstört, die Kaufkraft des Geldes gleich Null, die Intelligenz erschlagen, der Arbeiter brotlos. Verzweiflung im ganzen Volke; nur blutiger Terror gestützt auf chinesische und lettische Söldnerscharen vermögen die roten Diktatoren vor der Rache des enttäuschten Volkes zu schützen. Auch bei uns wird die Entwick-

Die Errungenschaften der Revolution sind ausgeblieben.

lung diesen Weg nehmen, wenn wir weiterhin internationale Spekulanten, verbohnte Parteifanatiker, Vertreter der auf's Schwerste belasteten Bourgeoisie und Angehörige eines dem deutschen Volke im innersten wesensfremde Rasse in der Regierung belassen. Wie hiessen doch all die schönen, schönen Worte, die man uns ins Ohr flüsterte: Verständigungsfriede, Völkerbund, Parlamentarismus, Souveränität des Volkes, Demokratie, Diktatur des Proletariats, Sozialismus, Vernichtung des Kapitalismus, Befreiung von dem Militarismus und wie alle die schönen Schlagworte heissen mögen. Ein neues freies Volk sollte entstehen, das selbst sein Geschick bestimmen soll. nichts von alledem ist Wahrheit geworden, konnte nicht Wahrheit werden, Kann nie Wahrheit werden, wenn wir nicht mit höchstem sittlichem Ernst all diesen Erscheinungen, all diesen Schlagworten nachgehen, wenn wir nicht wie ein kluger, gütiger Arzt die Krankheitserscheinungen gewissenhaft prüfen und sorgsamst den derzeitigen Zustand des Kranken aufdecken, keine Mühe scheuen, um festzustellen, woher diese schwere krisenhafte Krankheit kommt.

Mammonismus heisst die Krankheit unserer Zeit.

Was ist Mammonismus?

Mammonismus ist die unheimliche, unsichtbare, geheimnisvolle Herrschaft der grossen internationalen Geldmächte. Mammonismus ist aber auch eine Geistesverfassung; es ist die Anbetung dieser Geldmächte seitens aller derjenigen die von dem mammonistischen Gifte infiziert sind.

Mammonismus ist die masslose Übertreibung des an sich gesunden Erwerbstriebs des Menschen. Mammonismus ist die zum Wahnsinn gewordene Geldgier, die kein höheres Ziel kennt, als Geld auf Geld zu häufen, die mit einer

Brutalität ohne gleichen alle Kräfte der Welt in seinen Dienst zu zwingen sucht und zur wirtschaftlichen Versklavung, zur Ausbeutung der Arbeitskraft aller Völker der Welt führen muss.

Mammonismus ist der Geisteszustand, der zu einem Herabsinken aller sittlichen Begriffe geführt hat. Mammonismus ist als Weltphänomen betrachtet, gleichzusetzen mit dem brutalen rücksichtslosen Egoismus im Menschen. Mammonismus ist der Geist der Habgier, der schrankenlosen Herrschsucht, der nur auf Erraffung der Güter und Schätze der Welt gerichteten Sinnesart; er ist im tiefsten Grunde die Religion des rein auf das diesseitige gerichteten Menschentypus. Mammonismus ist das gerade Gegenteil von Sozialismus. Sozialismus, als höchste sittliche Idee aufgefasst, als Idee dessen, dass der Mensch nicht nur für sich allein auf der Welt ist, dass jeder Mensch Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, gegenüber der ganzen Menschheit hat und nicht nur das, dass er nicht nur verantwortlich ist für das augenblickliche Wohl seiner Familie, seiner

Der Mammonismus ist eine wirtschaftliche und moralische Erkrankung.

Stammesgenossen, seines Volkes, sondern, dass er auch unabwältzbar sittliche Verpflichtungen hat gegenüber der Zukunft seiner Kinder, seines Volkes.

Noch konkreter müssen wir den Mammonismus ansehen als das bewusste Zusammenspiel der machtgierigen Grosskapitalisten aller Völker.

Bemerkenswert ist dabei immer das verschleierte Auftreten des Mammonismus. Die grossen Geldgewaltigen stecken doch als letzte treibende Kraft hinter dem weltumspannenden anglo-amerikanischen Imperialismus; nichts anderes. Die grossen Geldmächte haben doch das furchtbare Menschenmorden des Weltkrieges finanziert. Die grossen Geldmächte haben doch als Besitzer aller grossen Zeitungen die Welt eingesponnen in ein Netz von Lügen. Sie haben mit Vergnügen alle niederen Leidenschaften aufgepeitscht; vorhandene Strömungen sorgsam grossgezüchtet; die französische Revancheidee durch geschickte Pressepropaganda zur Siedehitze gesteigert; die panslavistische Idee, den serbischen Grossmachtsdünkel, das Geldbedürfnis dieser Staaten sorgsam genährt, woran sich der Weltbrand entzünden musste. Auch bei uns in Deutschland hat der Geist des Mammonismus der nur mehr Ausfuhrziffern, Nationalreichtum, (Expansion, Grossbankprojekte, internationale Finanzierungen kennen wollte, zu einer Deroute der öffentlichen Moral geführt, zum Versinken unserer regierenden Kreise in Materialismus und Genusssucht, zu einer Verflachung unseres völkischen Lebens, alles Faktoren, die mitschuldig sind an dem furchtbaren Zusammenbruch.

Mit Staunen müssen wir uns fragen, woher der Mammonismus, woher das internationale Grosskapital seine unwiderstehliche Macht nimmt.

Es ist gar nicht zu übersehen, dass die internationale Zusammenarbeit der grossen Geldmächte eine ganz neue Erscheinung darstellt. Wir haben hierfür keine Parallele in der Geschichte. Internationale Verpflichtungen geldlicher Natur waren so gut wie unbekannt. Erst mit der aufkommenden Weltwirtschaft, mit dem allgemeinen Weltverkehr setzte sich der Gedanke der internationalen Zinswirtschaft durch und hier berühren wir die tiefste Wurzel, hier haben wir den innersten Kraftquell angeschlagen, aus dem die goldene Internationale ihre unwiderstehliche Kraft saugt.

Der Zins ist es, der mühe- und endlose Güterzufluss aus reinem Geldbesitz ohne hinzutun jeglicher Arbeit hat die grossen Geldmächte wachsen lassen. Der Leihzins ist das teuflische Prinzip, aus dem die goldene Internationale geboren ist. All überall hat sich das Leihkapital festgesaugt. Wie mit Polypenarmen hat das Grossleihkapital alle Staaten, alle Völker der Welt umstrickt. Staatsschuldverschreibungen, Staatsanleihen, Eisenbahnanleihen, Kriegsanleihen, Hypotheken, Pfandbriefobligationen, kurzum Anleihetitel aller Art haben

Der Zins ist die Kraftquelle des Grosskapitals.

unser ganzes Wirtschaftsleben in einer Weise umstrickt, dass nunmehr die Völker der Welt hilflos in den goldenen Netzen zappeln.

Dem Zinsprinzip zuliebe, einer im tiefsten Grunde irrigen staatlichen Vorstellung gemäss, dass jede Art von Besitz Anrecht auf Erträgnis habe, haben wir uns in die Zinsknechtschaft des Geldes begeben. Nicht ein einziger wirklicher stichhaltiger sittlicher Grund lässt sich dafür angeben, dass reiner Geldbesitz Anrecht auf dauerndes Zinserträgnis verschaffe.

Der Zins ist unsittlich.

Dieser innere Widerstand gegen Zins und Rente jeder Art ohne Hinzutritt schaffender Arbeit zieht sich durch das Seelenleben aller Völker und Zeiten. Doch nie ist dieser tief innerste Widerstand gegen die Macht des Geldes den Völkern so bewusst geworden, wie in unserer Zeit. Nie hat der Mammonismus in so weltumspannender Weise sich angeschickt, die Weltherrschaft anzutreten. Noch nie hat er alle Niedertracht (das Trachten nach dem Niederen im Menschen), Machtgier, Rachgier, Habgier, Neid und Lüge in so schlau versteckter und doch brutal drängender Weise in seine Dienste gestellt wie jetzt. Der Weltkrieg ist im tiefsten Grunde eine der ganz grossen Entscheidungen in dem Entwicklungsprozess der Menschheit in dem Entscheidungskampf, ob in Zukunft die mammonistisch-materialistische Weltanschauung oder die sozialistisch-aristokratische Weltanschauung die Geschicke der Welt bestimmen soll.

Äusserlich hat vorerst zweifellos die mammonistische anglo-amerikanische Koalition gesiegt. Als Reaktion dagegen hat sich im Osten der Bolschewismus erhoben und wenn man im Bolschewismus eine grosse Idee erblicken will, so ist es zweifellos der einer Mammonistischen Weltanschauung diametral entgegengesetzte Standpunkt. Die Methoden, die der Bolschewismus hierfür anzuwenden sucht, sind allerdings versuchte Eisenbarkuren. Sie sind der Versuch mit dem Seciermesser einem an innerer Vergiftung leidenden Kranken durch Amputation von Kopf, Arm und Beinen zu helfen.

Diesem Wüten des Bolschewismus, dieser sinnlosen Umwälzung müssen wir einen planvollen neuen Gedanken entgegensetzen, der mit einigender Kraft alle arbeitenden Klassen vereint, um den Giftstoff auszutreiben, der die Welt krank gemacht hat.

Dieses Mittel erblicke ich in der Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes

Drei Momente sind es die den Zins des Leihkapitals als die eigentliche, als die wahre Ursache unseres finanziellen Elendes erscheinen lässt.

Bolschewismus ist ein falsches Mittel der antimammonistischen Reaktion.

Erstens, das ungeheuerere Missverhältnis des festverzinslichen Leihkapitals, also des Kapitals, das ohne hinzukommen schöpferischer Arbeit aus sich selbst herauswächst und zwar ewig weiter wächst. Dieses Leihkapital hat bei uns in Deutschland bereits eine Höhe erreicht, die wir mit 250 Milliarden nicht zu hoch greifen. Dieser ungeheueren Summe steht als industrielles Betriebskapital unserer gesamten deutschen Industrie nur eine Summe von 11,8 Milliarden gegenüber. Es kommen noch hinzu die 3,5 Milliarden Kapital der 16'000 industriellen G.m.b.H., so dass wir zusammen nur etwa 15 Milliarden industrielles Gesamtkapital zu verzeichnen haben. 20: 1 ist die erste grundlegende Feststellung. – Diese Feststellung besagt, dass alle Massnahmen, die sich mit Finanzproblemen grösster Natur beschäftigen, in Ansehen des Leihkapitals sich 20 mal so wirksam erweisen müssen gegenüber Massnahmen, die sich gegen das industrielle Grosskapital richten.

Zweitens: die Verzinsung der obigen auf 250 Milliarden bezifferten Leihkapitalien beträgt im Grossen und Ganzen betrachtet pro Jahr auf ewige Zeiten etwa 12½ Milliarden. Die Gesamtsumme aller im Jahre 1916 ausgeschütteten Dividenden betrug im Jahre 1915 rund 1 Milliarde Mark. In den vorangegangenen Jahrzehnten war diese Zahl im Mittel rund 600 Millionen. Sie dürfte wohl in den beiden letzten Kriegsjahren noch erheblich in die Höhe gegangen sein, wird dagegen im laufenden Jahr einen umso grösseren Absturz verzeichnen.

Die durchschnittliche Rentabilität aller deutschen A.G war 8,21%; also nur um etwa 3½% höher als das durchschnittliche Erträgnis der festverzinslichen Anleihewerte.

Ich wiederhole also, rund 12,5 Milliarden wird in Zukunft das deutsche Volk für die diversen ewigen Zinsen des Grossleihkapitals zu bezahlen haben, während das Erträgnis aus industriellem Kapital in dem Höchstkonjunkturjahr 1 Milliarde, in Zeiten ungestörter Konjunktur nur 0,6 Milliarden war, also auch hier sehen wir wieder ein Verhältnis der Grössenordnungen von 20:1, bis 12:1. Das dritte und gefährlichste Moment ist das ungeheure jedes Begriffsvermögen übersteigende Wachstum des Grossleihkapitals durch Zins und Zinseszins. Ich muss hier etwas weiter ausholen und hoffe durch einen kleinen Ausflug in die höhere Mathematik das Problem zu erklären.

Zunächst einige Beispiele.

Die anmutige Geschichte von der Erfindung des Schachspieles ist bekannt. Der reiche indische König Sherham gewährte zum Dank für die Erfindung des königlichen Spieles dem Erfinder die Erfüllung einer Bitte.

Die Bitte des Weisen war, der König möge ihm auf das erste Feld des Schachspieles ein Weizenkorn geben, auf das zweite zwei, auf das dritte vier und so

Das Grossleihkapital wächst lawinenartig ins Unendliche.

immer auf das nachfolgende Feld die doppelte Anzahl wie auf dem vorangegangenen Feld. Der König lächelte über die vermeintlich bescheidene Bitte des Weisen und gab Auftrag, einen Sack Weizen zu bringen, um für jedes Feld die Weizenkörner zuzuteilen. Es ist bekannt» dass die Erfüllung dieser Bitte auch dem reichsten Fürsten der Welt unmöglich war. Alle Ernten der Welt in tausend Jahren würden nicht ausreichen, um die 64 Felder des Schachbrettes zu füllen. Ein weiteres Beispiel: Manche werden sich noch aus der Schulzeit an die Qualen der Zinszinsrechnungen erinnern; wie sich der Pfennig vermehrt, der zur Zeit von Christi Geburt auf Zinseszins angelegt ist, so dass er sich alle 15 Jahre verdoppelt. Im Jahre 15 nach Christi Geburt ist der Pfennig auf 2 Pfennige angewachsen, im Jahre 30 n. Chr. auf 4 Pfennige, im Jahre 45 n. Chr. auf 8 Pfennige usw. Die wenigsten werden sich erinnern, welchen Wert dieser Pfennig heute repräsentieren würde.

Unsere ganze Erde massiv aus purem Gold, unsere Sonne, die 1'297'000 mal grösser ist, als unser Erdball, all unsere Planeten, rotglühend von Gold, würden nicht genügen, um den Wert diese auf Zinseszins angelegten Pfennigs auszudrücken.

Ein drittes Beispiel: Das Vermögen des Hauses Rothschild, der ältesten internationalen Plutokratie, wird heute auf etwa 40 Milliarden geschätzt. Bekannt ist, dass der alte Amschel Mayer Rothschild in Frankfurt um das Jahr 1800 ohne nennenswertes eigenes Vermögen durch Wiederverleihung der Millionen, die ihm Landgraf Wilhelm I. von Hessen zur Aufbewahrung übergeben hatte, den Grundstock für das Riesenvermögen seines Hauses legte.

Wäre bei Rothschild das Anwachsen des Geldes durch Zins und Zinseszins nur in dem bescheidenen Tempo erfolgt, wie bei dem Pfennig, so wäre die Kurve nicht so steil verlaufen. Aber angenommen, die Vermögensmehrung des Rothschildischen Gesamtvermögens geht nur in dem Tempo des Pfennigs weiter, so würde das Rothschildische Vermögen im Jahre 1935 80 Milliarden, 1950 160 Milliarden, 1965 320 Milliarden, und damit das gesamte deutsche Nationalvermögen schon weit übertreffen.

Aus diesen drei Beispielen lässt sich ein mathematisches Gesetz ableiten. Die Kurve, die der Ausstieg des Rothschildischen Vermögens ausdrückt, die Kurve, die sich aus der Zahl der Weizenkörner des Schachbrettes ableiten lässt, sowie die, die die Vermehrung des Pfennigs auf Zinseszins angibt, sind einfache mathematische Kurven. Alle diese Kurven haben den gleichen Charakter. Nach anfänglichem bescheidenem und langsamem Anstieg wird die Kurve immer steiler und steiler und nähert sich praktisch bald tangential der Unendlichkeit. Ganz anders dagegen verläuft die Kurve der Industriekapitalien.

Auch meistens aus kleinen Anfängen hervorgewachsen, zeigt sich bald ein kräftiges Ansteigen der Kurven, bis eine gewisse Sättigung des Kapitals erreicht ist. Dann verlaufen die Kurven flacher, und werden sich in den einzelnen Industrien wohl im Allgemeinen wieder etwas absenken, wenn neue Erfindungen zur Entwertung der bestehenden Fabrikanlagen, Maschinen usw. geführt haben. Nur ein Beispiel möchte ich hier herausgreifen, die Entwicklung des Kruppschen Werkes. 1826 starb der alte Krupp fast ohne Vermögen. 1855 erhielt Alfred Krupp seine erste Bestellung auf 36 Kanonen seitens der ägyptischen Regierung. 1873 beschäftigte Krupp bereits 12'000 Arbeiter. 1903 verkaufte Frau Berta Krupp die sämtlichen Werke und Zulagen um 160 Millionen an die Alfred Krupp A.G. Heute beträgt das Aktienkapital 250 Millionen. Was schliesst der Name Krupp für uns Deutsche ein? Den Höhepunkt unserer industriellen Entwicklung. Den ersten Kanonenbauer der Welt. Eine Unsumme zähester, zielbewusstester, intensivster Arbeitsleistung. Für Hunderttausende unserer Volksgenossen bedeutete das Kruppsche Unternehmen Brot und Arbeit. Für unser Volk Wehr und Waffen, und doch, er ist ein Zwerg gegenüber den Rothschildischen Milliarden. Was bedeutet das Anwachsen des Kruppschen Vermögens in einem

Jahrhundert gegenüber dem Wachstum des Rothschild'schen Vermögens aus Zins und Zinseszins durch mühe- und endlosen Wertzuwachs?

Das Radikalmittel

Die beiden stark aufgezeichneten Kurven sind Leihzinskurven und zwar zeigt die obere Kurve die Entwicklung des Rothschild'schen Vermögens und die untere zuerst flach und dann rapid steigende Kurve zeigt ganz allgemein die charakteristische Entwicklung aller derartigen Kurven, bei denen sich die Ordinaten bei gleichbleibenden Abscissen verdoppeln. Die gestrichelte Linie zeigt die Entwicklungskurve unserer Gesamtindustrie im Laufe der letzten 40-50 Jahre. Die feinen verschieden gestrichelten Linien zeigen die Entwicklung einer Reihe von beliebig herausgegriffenen grossen industriellen Unternehmungen, aus denen der allgemeine Charakter der gestrichelten Kurve des Industriekapitals abgeleitet ist.

Es muss ausdrücklich bemerkt werden, dass die Kurven nicht massstäblich gezeichnet sind, dass insbesondere die Kurven des Leihkapitals gewissermassen stark zusammengestaucht erscheinen. So müsste z.B. die Kurve des Rothschild'schen Vermögens gegenüber der Krupp'schen Kurve mindestens 80 mal so hoch angesetzt sein. Der Zweck der Kurvenaufzeichnung ist ja nur der den grundverschiedenen Charakter der beiden Arten der Kapitalien aufzuzeigen.

Die Kurven des Leihkapitals zeigen zuerst eine ganz langsam steigende Entwicklung; die Entwicklung geht dann schneller, bis sie dann immer rasender und alles an sich reissend, weit über menschliche Begriffe sich hinaushebt und der Unendlichkeit zustrebt. Die Kurve des Industriekapitals bleibt dagegen im Endlichen! Der Verlauf mag im Einzelnen noch so starke Abweichungen zeigen, im Allgemeinen wird der Grundcharakter industrieller Entwicklung immer so sein, dass nach kräftiger anfänglicher Entwicklung eine gewisse Zeit der Reife, der Sättigung folgt, worauf dann langsamer oder schneller der Niedergang folgt.

Nichts zeigt uns klarer den tiefen Wesensunterschied zwischen Leihkapital und Industriekapital. Nichts kann uns den Unterschied klarer machen zwischen den

Die Entwicklung des Industriekapitals bleibt im Endlichen.

verheerenden Wirkungen des Leihzinses und den Betriebsgewinnen (Dividenden) der in grossartigen Industrieunternehmungen angelegten riskierten Betriebskapitalien, als diese Gegenüberstellung.

Es kann nicht genug betont werden, dass die Erkenntnis der mathematischen Gesetze, denen Leihkapital und Industriekapital folgen, uns allein den klaren Weg zeigen, wo der Hebel einzusetzen ist für eine Umwälzung unserer zerrütteten Finanzwirtschaft. Wir erkennen klar, dass nicht die kapitalistische Wirtschaftsordnung, an sich nicht das Kapital als solches die Geissel der Menschheit ist. Das unersättliche Zinsbedürfnis des Gross-Leihkapitals ist der Fluch der gesamten arbeitenden Menschheit!

Die Brechung der Zinsknechtschaft ist der mögliche und vernünftige Sinn einer Weltrevolution.

Kapital muss sein – Arbeit muss sein! Arbeit allein vermag wenig – Kapital allein soll nichts vermögen!

Kapital ohne Arbeit muss steril sein! Deshalb ist die wichtigste Forderung, die vornehmste Aufgabe der Revolution, der vernünftigste Sinn einer Weltrevolution, die Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes.

Das Haus Rothschild wird heute auf 40 Milliarden geschätzt. Die Milliardäre der amerikanischen Hochfinanz, die Herren Cahn, Löb, Schiff, Speyer, Morgan, Vanderbilt, Astor werden zusammen auf mindestens 60-70 Milliarden geschätzt; bei einer nur 5prozentigen Verzinsung bedeutet dies ein Einkommen dieser 8 Familien von 5-6 Milliarden, das ist nahezu soviel, als nach den Untersuchungen von Helfferich im Jahre 1912 75% aller Steuerzahler in Preussen Jahreseinkommen hatten. (Es waren damals rund 21'000'000 Zensiten. 75% hiervon rund 15'000'000. Auf jeden Zensiten treffen im Durchschnitt 1,56 Angehörige, sohin 23 Millionen Angehörige.)

Acht Milliardäre haben so viel Einkommen wie 38 Mill. Deutsche.

Rund 38'000'000 Deutsche haben also davon leben müssen, was die oben erwähnten Milliardäre im Jahr Einkommen haben. – Gewiss sind die amerikanischen Milliardäre nicht in dem Sinn reine Leihkapitalisten, wie das Haus Rothschild usw., ich will auch gar nicht darüber rechten, ob die amerikanischen Milliardäre «100-Millionen-Dollar-Milliardäre» sind oder wirkliche «1'000-Millionen-Mark-Milliardäre»; im ersteren Falle müsste man eben noch ein oder zwei Dutzend weitere Krösusse hinzurechnen. Oder nehmen wir gleich die Rathenauschen «300», dann geht unsere Aufstellung sicher in Ordnung. Es kommt hier auch gar nicht darauf an, eine genaue Ziffer zu geben, aber die erkannte Größenordnung von 300 zu 38'000'000 öffnet uns die Augen über die Gewaltherrschaft des internationalen Leihkapitals.

Deshalb schütteln wir mit einem Ruck diese furchtbaren Fesseln ab, die alle werktätige Arbeit ersticken muss, entreissen wir dem Gelde die Macht, Zinsen zu gebären und immer wieder zu gebären, bis die gesamte Menschheit dem internationalen Leihkapital restlos zinspflichtig geworden ist.

Diese drei Punkte sind es also, die uns zum erstenmal klar machten, wo allein wirksam der Hebel anzusetzen ist für die Linderung unserer internen Finanznot. Zum andern erkennen wir, dass der Sturmlauf der gesamten sozialistischen Gedankenwelt gegen das industrielle Kapital vollkommen verfehlt ist, weil auch eine gedachte vollkommene Wegsteuerung oder Sozialisierung des gesamten Unternehmergewinnes – ungeschwächte Wirtschaft vorausgesetzt – einen lächerlich geringen Betrag ergeben würde, gemessen an den ungeheueren finanziellen Lasten unseres Reichs- und Staatsbudgets.

Durch die Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes kann mit einem Schlage die ganze Finanzmisere beseitigt werden; mit einem Male fühlen wir wieder festen Boden unter den Füßen; mit einem Male muss es uns und wird es uns klar werden, dass wir uns mit dieser unglückseligen Anleihewirtschaft nur selber in geradezu grotesker Weise angelogen haben. – Was ist denn Leihkapital anderes, als Schulden! Leihkapital sind Schulden! – das kann man gar nicht oft genug wiederholen. Was ist es für ein Wahnsinn, wenn das deutsche Volk in seiner Gesamtheit für seinen Krieg 150 Milliarden gepumpt hat; sich selbst hierfür eine Zinszahlung von 7½ Milliarden versprochen hat und nun sich in die von Vornherein selbstverständliche Verlegenheit versetzt fühlt, diese 7½ Milliarden in Gestalt von geradezu phantastischen Steuern bei sich einzutreiben. Das tragische an diesem Selbstbetrug ist indes weniger die Dummheit dieser ganzen Krieganleihewirtschaft, auf die wir uns dem Ausland gegenüber immer so viel zu gute getan haben, als vielmehr die Tatsache, dass lediglich eine verhältnismässig kleine Zahl von Grosskapitalisten einen ungeheuren Nutzen daraus zieht und das gesamte arbeitende Volk einschliesslich den mittleren und kleineren Kapitalisten, sowie einschliesslich von Handel und Gewerbe und Industrie die Zinsen bezahlen müssen. Und hier tritt die politische Seite des ganzen Gedankens zu Tage. hier können sie erkennen, dass tatsächlich das Grossleihkapital und nur dieses der Fluch der gesamten arbeitenden Menschheit ist. Man mag das Ding drehen und wenden wie man will, immer muss die Masse aller Werk-tätigen für die Leihkapitalzinsen letzten Endes aufkommen. – Die mittleren und kleineren Kapitalisten haben nichts von ihren schönen Zinsen, können nichts davon haben, denn die Zinsbeträge müssen ihnen restlos weggesteuert werden. Ob in der Form direkter Steuern oder indirekt im Wege der indirekten Steuern, Stempeln, Abgaben oder sonstigen Verkehrsbelastungen, immer ist das werktätige Volk der Geleitete und der Nutzniesser das Grosskapital.

Die Krieganleihe war ein mammonistischer Schwindel.

Es ist nun ganz erstaunlich zu sehen, wie die sozialistische Gedankenwelt von Marx und Engels vom kommunistischen Manifest angefangen bis herauf zum Erfurter Programm (besonders Kautzky) und auch die heutigen sozialistischen Machthaber vor den Interessen des Leihkapitals wie auf Kommando Halt machen. Die Heiligkeit des Zinses ist das Tabu; der Zins ist das Allerheiligste; an ihm zu rütteln hat noch niemand gewagt; während Besitz, Adel, Sicherheit von Person und Eigentum, die Rechte der Krone, Reservate und religiöse Überzeugung, Offiziersehre, Vaterland und Freiheit mehr oder weniger vogelfrei sind, ist der Zins heilig und unantastbar. Vermögenskonfiskation, Sozialisierungen sind an der Tagesordnung, also ganz glatte Rechtsbrüche, die nur damit etwas

beschönigt werden, weil sie angeblich im Namen der Gesamtheit an Einzelnen begangen werden; das alles ist erlaubt, aber der Zins, der Zins ist das «noli me tangere», das «Rührmichnichtan». Die Verzinsung der Reichsschuld ist das A und O der staatlichen Budgets. Sein Riesengewicht zieht das Staatsschiff in den Abgrund und doch – es ist ja alles Schwindel – ein ungeheurer Selbstbetrug, ausgeht einzig und allein zu Gunsten der grossen Geldmächte.

Die Heiligkeit des Zinses ist der Aberglaube des Mammonismus.

Ich möchte gleich hier die später zu behandelnden Einwendungen bezüglich der kleinen Rentner kurz streifen, damit man gedanklich daran nicht hängen bleibt. Diese kommen bei der Betrachtung der ganz grossen Fragen nicht in Betracht und es ist ganz selbstverständlich, dass für diese Entschädigungen vorzusehen sein werden durch weitesten Ausbau der sozialen Fürsorge.

Schwindel sagte ich, Zinsenschwindel! ein hartes Wort. Aber wenn dieses Wort, das ja während des Krieges im Felde und in der Heimat wohl das meistgebrauchte war, Berechtigung hat, so hat es diese Berechtigung am meisten für den Zinsenschwindel.

Wie war es doch mit den Kriegsanleihen? Das Reich holte aus den Taschen des Volkes mit den ersten 5 Milliarden die wirklich vorhandenen Spargelder. Das Geld floss wieder zurück. Dann kam die neue Anleihe und saugte das Geld wieder an und dazu noch die letzten Reste der Spargelder. Und wieder kam die Pumpe und taugte die Milliarden an und wieder ebten sie zurück, bis glücklich, nachdem dies schöne Spiel neunmal wiederholt war, – das Reich 100 Milliarden Schulden gemacht hatte.

Dafür hatte das Volk allerdings 100 Milliarden schön bedrucktes Papier in Händen. – Zuerst bildeten wir uns ein, wir seien so viel reicher geworden, nun kommt der Staat und sagt, ich stehe vor dem Bankerott.

Ja, warum denn? – Ich selbst kann doch nicht bankerott werden, wenn ich auch noch so oft meinen Hundert Mark-Schein von der rechten Hosentasche in die linke stecke. Es wäre doch die allergrösste Torheit, wenn wir die Torheit unserer Kriegsanleihewirtschaft noch dadurch manifestieren würden, dass wir uns bankerott erklären.

Brechen wir die Zinsknechtschaft des Geldes! Erklären wir die Stücke der Kriegsanleihen unter Aufhebung der Zinsen zu gesetzlichen Zahlungsmitteln und wie Märzenschnee vor der Sonne wird der Alpdruck des Staatsbankerotts von uns weichen.

Man hat mir gesagt, die Aufhebung der Zinszahlung sei ein verschleierter Staatsbankerott. Nein, das ist nicht wahr! – Das Gespenst des Staatsbankerotts

ist tatsächlich nur ein Kinder- und Ammenschreck, erfunden von den mammonistischen Gewalten.

Das Buch von Fr. Röhr «Was jeder vom Staatsbankerott wissen muss» – ist vollkommen in mammonistischen Gedankengängen befangen und obwohl der Verfasser im allgemeinen durchaus klar die wirtschaftlichen Schädigungen erkennt, die uns durch die Sozialisierung drohen, so sehr und richtig er darauf hinweist, dass letzten Endes uns nur eine Wiederaufbauung unserer Wirtschaft retten kann, – von dem Aberglauben, von der Heiligkeit des Zinses kann er sich nicht losmachen und malt daher den Staatsbankerott ganz im Interesse des Mammonismus, als eine ganz schreckliche Katastrophe an die Wand.

Es ist interessant zu verfolgen, dass sich Röhr trotz besserer geschichtlichen Erkenntnis nicht davon losmachen kann und in seinem Schlusswort bemerkt: «Ist die vernichtende wirtschaftliche Katastrophe nicht zu vermeiden, so wird keiner von ihr verschont», während er auf Seite 81 zugesteht, dass die Folgen staatsfinanzieller Misswirtschaften teilweise sehr schnell wieder ausgeglichen worden sind, dass Seite 68 – möge es sein, wie es wolle, jedenfalls stehe fest, dass Russland (im letzten Jahrhundert) diese Währungskrisen ohne dauernde Störungen überwunden hat.

Seite 76 sagt er bei Untersuchungen der Wirkungen der Staatsbankerotte: dass zwar im Grossen und Ganzen tiefgehende wirtschaftliche Störungen eingetreten seien, dass aber weder die Vernichtung des Staates, noch die seiner wirtschaftlichen Kräfte dadurch herbeigeführt wurde. Im Gegenteil habe sich häufig genug eine baldige Wiederbelebung der Volkswirtschaft und eine Gesundung der Staatsfinanzen beobachten lassen. – Wenn der Verfasser dann drei Zeilen weiter unten fortfährt, der Staatsbankerott bedeute unbedingt eine wirtschaftliche Katastrophe und führe ein grenzenloses Elend herauf, so bedauere ich bei dieser Logik nicht mitkommen zu können.

Der Staatsbankerott ist die Rettung der nationalen Wirtschaft.

Doch zurück zu unserem Spezialfall! Was ist wohl ehrlicher?

Pharisäerhaft von der Unantastbarkeit der Krieganleihen zu sprechen und das Volt gleichzeitig mit einer unerhörten Steuerlast zu bedrücken? Oder, wenn ein Finanzminister den Mut hätte, offen vor das Volk hinzutreten und zu erklären, ich kann die Zinsen für die Krieganleihen nicht bezahlen, oder nur dann, wenn ich genau ebensoviel Steuern von Euch eintreibe. Ich habe aber damals während des Krieges unbedingt Geld haben müssen, was Gescheiteres (siehe England) ist mir nicht eingefallen und so habe ich den Schwindel mit den hochverzinslichen Krieganleihen gemacht. Verzeih' halt liebes Volk, es war ja schliesslich für Dich, aber wollen wir kein Verstecken mehr spielen, – ich, der Staat bezahlt keine Zinsen mehr und du Steuerzahler brauchst für die Bezahlung

dieser Zinsen keine Steuern zu zahlen. – Das vereinfacht wesentlich unsere Geschäfte, wir ersparen den ungeheueren Steuerapparat und ebenso den ungeheueren Zinsendienstapparat, also eine Unmasse Geld und Arbeitskraft.

Ich habe mich lang bei der Aufdeckung dieses Schwindels aufgehalten, aber ich halte es für absolut grundlegend hier den Blick für das grosse Ganze keinen Augenblick zu verlieren.

Der Personenkreis, die die Leidtragenden wären, also wollen wir sagen, diejenigen (Erwerbseinkommenn von 1'500 Mk.) die über 30'000 Mk. Kapitalrente nach ihren Steuererklärungen bezogen haben, sind nach den bayerischen Steuererklärungen 822 Personen, das sind nur 0,4% der Steuerpflichtigen. In ganz Deutschland also beiläufig 10'000. (Die oberen 10'000!) (Bayr. St.-Z. 1913.) Wir wollen uns nun in aller Kürze über die wichtigsten Seiten dieser revolutionären Forderung klar werden, und zwar wollen wir die Fragen zunächst von unserem nationalen Gesichtspunkt aus betrachten.

Zunächst bedarf es hierzu eines klaren Blickes auf unsere derzeitige Lage. Staatssekretär Schiffer hat sie in seiner grossen Rede in der Berliner Handelskammer für «unübersehbar» erklärt. Das ist nur bedingt richtig. Übersehbar ist die ungeheure Verschuldung unserer Volkswirtschaft, die unerhörte Entwertung unserer Zahlungsmittel, kurzum die Tatsache, dass wir über Nacht ein armes Volk geworden sind. Die Belastungen, die uns durch den Friedensschluss auferlegt werden, Lassen sich allerdings nicht übersehen. Die bereits vorhandenen Schuldverschreibungen beziffern sich, wie wir gesehen haben, auf rund 250 Milliarden. Wir wollen einmal annehmen, dass uns die Entente weitere 50 Milliarden an Kriegsentschädigung in irgendeiner Form auferlegt, so sind das zusammen rund 300 Milliarden Schulden.

Wir sind ein armes Volk geworden.

So schwer es sich in den engen Rahmen dieser Abhandlung pressen lässt, müssen doch einige Worte über die Grösse des deutschen Nationalvermögens an dieser Stelle gesagt werden. Die Untersuchung von Helfferich und Steinmann-Bucher beziffern das deutsche Nationalvermögen auf rund 350 Milliarden. Man kann derartigen Feststellungen, so vorsichtig sie aufgebaut sein mögen, nur sehr bedingten Wert beimessen.

Sie gelten überhaupt nur für Zeiten ungestörter Wirtschaft. Sie sind aber auch da schon irreführend, indem die staatlichen und gemeindlichen Besitzungen mit aufgenommen sind, also zum Beispiel auch Strassenbauten, Flusskorrekturen usw. Es leuchtet ein, dass zwar die Herstellung derartiger Arbeiten ungeheures Geld gekostet hat, dass sie aber doch eigentlich keinen Eigenwert haben. Ein besserer Massstab für die Höhe des Nationalvermögens ist das sogenannte steuerbare Vermögen, wie es sich aus den Steuererklärungen zum Wehrbeitrag oder

die Kriegsvermögenssteuer ergibt. Hierfür ergab sich eine Gesamtsumme von 192 Milliarden, also ganz erheblich viel weniger, als nach den Aufstellungen Helfferichs. Es mag zu dieser Summe noch ein Zuschlag gemacht werden von etwa erfahrungsgemäss 10% für die gesetzlich steuerfreien kleinen Vermögen und etwa ein gleich grosser Zuschlag für «stille Reserven».

Jedenfalls erscheint es mir utopisch, von einem Nationalvermögen zu sprechen von über 250 Milliarden. Aber auch diese Ziffer hat nur ganz bedingten Wert. Das Richtigste wäre, mit der Vorstellung eines ziffernmässig fassbaren Nationalvermögens überhaupt zu brechen und zu der Erkenntnis durchzudringen, dass das Nationalvermögen ausschliesslich seinen Ausdruck findet in der geistigen und körperlichen Arbeitskraft der ganzen Nation, also Grössenordnungen angehört, die mit dem engeren Kapitalbegriff gar nichts zu tun haben. – Zwar müssen wir noch eine weitere Quelle des Nationalvermögens in dem Vorhandensein von Bodenschätzen, Waldreichtum und fruchtbarer Erde erblicken, aber auch diese Dinge lassen sich nicht ziffernmässig fassen, da sie zwischen Null und Unendlich schwanken, je nachdem die Bodenschätze brachliegen oder auf Grund geologischer Gutachten nach Milliarden von Tonnen Kohlen usw. berechnet werden.

Wir wollen nicht vergessen, dass Deutschland eigentlich ein armes Land ist. Monopole besitzt es fast gar keine. Im Reichtum an Bodenschätzen steht es weit hinter den meisten Nachbarländern zurück, Ganz zu schweigen von den unerhörten Bodenschätzen des chinesischen, indischen und amerikanischen Reiches. An Fruchtbarkeit des Erdbodens steht es weit zurück gegenüber den gesegneten Gefilden der russischen schwarzen Erde, gegenüber den mühelos produzierenden tropischen und subtropischen Landstrecken. So bleibt uns letzten Endes immer nur die Arbeitskraft und der Arbeitswille unseres Volkes sowie das Vorhandensein von genügender Arbeit und wir müssen uns darüber klar sein, dass bei dieser Sachlage von fundierten Anleihen, von einer dinglichen Sicherheit für unsere Schuldverschreibungen keine Rede sein kann.

Ob verzinsliche Kriegsanleihe oder unverzinsliche Reichsbanknote, es steht einzig und allein hinter ihnen die Steuerkraft des ganzen Volkes, und was ist die Steuerkraft anderes als eine Funktion der Arbeitsleistung der gesamten werktätigen Bevölkerung.

Wir müssen uns nun noch über einen weiteren hier angeschnittenen Fragenkomplex kurz klar werden, und zwar über die Hauptposten unserer staatlichen Einnahmequellen und Ausgaben. Es ist ein merkwürdiger Gegensatz zwischen dem breiten Raum, den die Geldbeschaffungsfrage in unserem Privatleben einnimmt und dem Interesse, das wir den grossen Fragen unserer staatlichen Finanzgeba-

rung entgegenbringen, und doch besteht durchaus kein wesentlicher Unterschied zwischen der Einzelwirtschaft und der Volkswirtschaft.

Die Hauptposten der Staatseinkünfte sind: erstens die Reinerträge der Posten und Eisenbahnen, zweitens die aus Bergwerken, Forstverwaltungen und sonstigen Staatsbetrieben, drittens die Zölle und indirekten Steuern, und viertens die direkten Steuern.

Ich will, um bei derart eminent praktischen Fragen nicht nur theoretische Erörterungen zu pflegen, an Hand des bayerischen Staatshaushaltes¹ des Jahres 1911 die einzelnen Posten nach ihrer Grössenordnung kurz erläutern. – Post, Telegraph und Eisenbahnen² brachten 120 Millionen, Forsten, Bergwerke usw. rund 40 Millionen, die indirekten Steuern 53 Millionen, die direkten Steuern 60 Millionen. Weitere 67 Millionen flossen aus Stempelabgaben, Gebühren, Erbschaftssteuern, Grundgefällen, Überweisungen seitens des Reiches usw.

Wie steht es nun mit den Ausgaben. Wir finden hier an erster Stelle die Aufwendungen für die Verzinsung der Staatsschuld einschliesslich der Eisenbahnanleihen mit 85 Millionen. Für das Königliche Haus 5 Millionen, Justizverwaltung 27 Millionen, innere Verwaltung 40 Millionen, Kirchen und Schulen 51 Millionen, Finanzverwaltung 13 Millionen, Ausgaben für Reichszwecke 50 Millionen, Pensionen 36 Millionen. Diverse Ausgaben 5 Millionen. Ein Einnahmeüberschuss von 27 Millionen glich damals in diesem glücklichen Jahr der bayerischen Finanzen das Jahresbudget ab.

Es interessieren uns im Rahmen unseres Gedankens indes nur die Ausgaben, die durch Brechung der Zinsknechtschaft entfallen können.

Hier steht naturgemäss an erster Linie die Aufwendung für Verzinsung der Staatsschuld mit 85 Millionen, dazu der grösste Teil unserer Aufwendung für

¹ Die folgenden Angaben über den bayerischen Staatshaushalt sind in abgerundeten Beträgen dem bayerischen statistischen Jahrbuch vom Jahre 1913 entnommen. Es ist dies das letzte vor dem Krieg erschienene statistische Jahrbuch, das über die bayerischen Finanzen erschöpfende Auskunft gibt. Während des Krieges sind keine neueren Ausgaben erschienen. –

² Das unaufhörliche Steigen der Lohnsätze und Materialpreise hat dazu geführt, dass das Reinertragnis der bayerischen Staatseisenbahnen im Jahre 1918 auf 3 Millionen Mark heruntergesunken ist, gegenüber im Mittel 80 Millionen vorangehender Jahre. In Preussen ist nach den Mitteilungen des Finanzministers Simon sogar an Stelle der bisher üblichen Erträge in Höhe von i.M. 700 Millionen Mark ein Defizit von 1.300.000.000 Mark getreten. Wir werden daher weniger denn je an eine sofortige Aufhebung der direkten und indirekten Steuern denken können; wir müssen mehr denn je daran denken, die durch die katastrophale Finanzwirtschaft erwachsenen neuen Schulden durch ganz kräftige Heranziehung der Vermögen, insbesondere der ganz grossen Vermögen sofort abzubauen.

die Finanzverwaltung mit etwa 10 Millionen, ferner ein grosser Teil der Aufwendungen für Reichszwecke, von denen wir die Hälfte mit 25 Millionen ansetzen wollen, und schliesslich entfallen heute die Aufwendungen für das Königliche Haus mit 5 Millionen, zusammen 125 Millionen.

Der Ausfall dieser Posten bedeutet die Möglichkeit des Verzichtes auf die Erhebung aller direkten und indirekten Steuern, die, wie wir sahen, 53 und 60, zusammen 113 Millionen einbrachten! Wir sind nun durchaus nicht der Meinung, dass man die direkten und indirekten Steuern ganz abschaffen solle, in vernünftigen Grenzen wirken sie zweifellos einerseits erziehlich, andererseits regulierend. Es ist sicher nicht mehr wie recht und billig, dass das Einkommen aus fundiertem Besitz einer mässigen, gestaffelten Steuer unterworfen bleibt, der Staat muss ja auch mit seinen Machtmitteln für ungestörten Besitz sorgen; es erscheint ebenso angezeigt, dass Handel und Industrie aus ihren Betriebsgewinnen zu entsprechenden Steuerleistungen herangezogen werden, für sie hat auch der Staat für die Erhaltung und Ausbau der öffentlichen Verkehrswege zu sorgen; eine entsprechende Mindestkopfsteuer für jeden wahlberechtigten Bürger ist ebenfalls eine Forderung der Gerechtigkeit, vom Staate wird auch die Obhut für Sicherheit der Person und des Eigentums verlangt.

Auf dem Gebiete der indirekten Steuern könnte ein kräftiger Ausbau aller reinen Luxussteuern im besten Sinne regulierend wirken, während alle reinen Volksnahrungsmittel und -Bedürfnisse von Steuern frei zu halten wären!

Das Ergebnis einer solchen Steuerpolitik wäre weniger in dem hohen finanziellen Ergebnis zu suchen – davon kann keine Rede sein, da sie für die grosse Masse der Bevölkerung nicht eine wirkliche steuerliche Belastung, sondern nur eine Erinnerung sein soll, dass der Mensch nicht nur Einzelwesen, sondern auch Staatsbürger ist und ausser staatsbürgerlichen Rechten auch staatsbürgerliche Pflichten hat. Die Erträge sollen weniger zur Entlastung der werbenden Staatsbetriebe verwendet werden, deren Reinerträge, wie wir gesehen haben, genügen um die ordentlichen Aufwendungen des Staates für Erziehung, Bildung, Rechtspflege, innere Verwaltung usw. zu bestreiten. Sie sollten dafür verwendet werden, besondere Kulturaufgaben des Staates zu fördern, für die im Rahmen des ordentlichen Staatshaushaltes niemals entsprechende Mittel zur Verfügung standen. Ich denke hier in erster Linie an Säuglingsheime, Blinden- und Krüppelanstalten, Kinderhorte, Mutterschutz, Kampf gegen Tuberkulose, gegen Alkohol und Geschlechtskrankheiten, für Anlage von Gartenstädten und Siedelungen, insbesondere für die Unterbringung und menschenwürdige Versorgung unserer Kriegsbeschädigten.

Unser Blick weitet sich. Wir sehen Neuland. Abschaffung aller Steuern könnte die Brechung der Zinsknechtschaft bedeuten? Sie würde es bedeuten, wenn wir

als siegreiches Volk aus diesem Riesenkampf hervorgegangen wären. So wollen wir nicht zu früh frohlocken, dafür werden die uns von unseren Feinden

Schon vor dem Kriege hätte man bei geordneten Finanzen auf alle direkten und indirekten Steuern verzichten können.

aufgelegten Lasten sorgen. – Aber jedenfalls wir sehen Neuland auf Grund der soeben angestellten, doch höchst einfachen Betrachtung unseres bayerischen Staatshaushaltes.

In den Grundzügen finden wir ganz ähnliche Verhältnisse in den übrigen deutschen Bundesstaaten, und es ist nicht zu viel gesagt, dass aus den Überschüssen der werbenden Staatsbetriebe, also den Eisenbahnen, Posten, Telegraphen, Forsten, Bergwerken usw. alle staatlichen Aufwendungen für die gesamte Rechtspflege, für die gesamte innere Verwaltung, einschliesslich der Staatsbauten, alle Ausgaben für Erziehung und Bildung, sowie für Kultuszwecke, ohne Schwierigkeit bestritten werden könnte. Also ein geradezu idealer Zustand.

Warum ist das nicht so? Der Zins hat sich eingeschlichen. Wegen der Zinszahlung werden der Bevölkerung die Lebensmittel verteuert; wegen der Zinsen wird Zucker und Salz, Bier und Wein, Zündhölzer und Tabake und zahllose andere Bedürfnisse des täglichen Bedarfes mit indirekten Steuern belegt. Wegen der Zinsen müssen direkte Steuern erhoben werden, die sich scheiden in Grundsteuern, die auf verteuertes Getreide abgewälzt werden; in Haussteuern, die die Miete in die Höhe treiben; in Gewerbesteuern, die die schaffende Arbeit belasten; in Einkommensteuern, die unabwählbar die Lebenshaltung der Beamten und Festbesoldeten herunterdrücken, und endlich ganz am Schluss, bescheiden im Geben, unersättlich im Nehmen kommt das Leihkapital mit den Kapitalrentensteuern. Aus 253 Millionen eingenommenen satiirten Kapitalrenten in Bayern auf Grund der Steuererklärungen des Jahres 1911 wurden ganze 8,1 Millionen an Staatssteuern bezahlt.

Wir haben gesehen, dass jede Kapitalrente, jeder Kapitalzins letzten Endes ausschliesslich durch die Arbeit des ganzen Volkes aufgebracht werden muss. Wir haben gesehen, dass die Zinszahlung für die Staatsschulden den grössten Posten in unserm Staatsbudget ausmachen, und wir haben gesehen, dass die Kapitalrenten-Steuerpflichtigen nur einen höchst bescheidenen Beitrag zu den Staatseinnahmen beisteuern.

Nach der Grössenordnung zahlt der Kapitalist von den direkten Staatssteuern in Bayern 1911 mit 8 Millionen von 60 Millionen Gesamtsumme der direkten Steuern nur ein Achtel bis ein Sechstel. Die direkten Steuern sind nach der Grössenordnung ungefähr ein Fünftel der gesamten Staatseinnahmen. Somit leistet das Leihkapital nur etwa ein Dreissigstel bis ein Achtundvierzigstel Zuschuss im Hinblick auf die gesamten staatlichen Bedürfnisse.

Es soll nicht geleugnet werden, dass die Steuergesetzgebung in den letzten Jahren besonders während des Krieges, an eine stärkere Heranziehung der Kapitalrenten gegangen ist, aber die stärkere indirekte Besteuerung hat damit so ziem-

Der Zins verteuert alles.

lich gleichen Schritt gehalten, so dass sich das Grössenverhältnis kaum verschoben hat.

Grauenhaft wird das Bild erst, wenn wir unseren Reichshaushalt betrachten. Hier liegen die Verhältnisse an sich schon viel ungünstiger.

Das Reich hat nicht die Steuerquellen wie die einzelnen Bundesstaaten.

Die direkten Steuern sind den Bundesstaaten vorbehalten, die werbenden Betriebe des Reiches beschränken sich auf die Reichspost und die Reichseisenbahn (also: NB! ohne die preussischen Staatseisenbahnen) und somit bleiben nur die Zölle und indirekten Steuern.

Der Reichshaushalt wird durch die Zinsen erdrückt

Die Grössenordnungen dieser Reichseinnahmequellen (siehe Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich vom Jahre 1917 und 1918) waren im Jahre 1915 1 Milliarde Reichspost und Eisenbahn, 0,7 Milliarden Zölle, 1 Milliarde indirekte Steuern, 0,8 Milliarden besondere Einnahmen (Wehrbeitrag, Matrikularbeiträge) u.s.w. Auch hier wieder dasselbe Bild.

Mehr als ein Drittel, nämlich 1,3 Milliarden verschlang schon im Jahre 1915 die Verzinsung der Reichsschuld. Auch hier hat sich wieder das Leihkapital hineingedrängt. Auch hier zieht es zu seiner Befriedigung alle indirekten Steuern heran. Zucker zahlt 163 Millionen, Salz 61 Millionen, Bier 128 Millionen, Tabak, Branntwein, Schaumwein, Leuchtmittel, Zündwaren, Spielkarten und zahllose andere Steuermittelchen mussten herhalten, um eine Milliarde zusammenzukratzen, die dann restlos in die Taschen der Kapitalisten fliesst.

Heute ist die Aufbringung nur der Schuldzinsen des Reiches ein Rätsel. 8 Milliarden allein verschlingen ja doch die Verzinsungen unserer 100 Milliarden Kriegsanleihe, sowie der übrigen Kriegskredite. Die Einnahmen aus Post und Eisenbahn können kaum mehr erhöht werden.

Zölle werden wir kaum mehr erheben dürfen, so bleibt wohl nur eine Verfünfachung oder Verzehnfachung der indirekten Steuern übrig; eine Unmöglichkeit! oder die klare Einsicht, dass einzig und allein die Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes uns Rettung bringen kann.

Ein ungeheurer Selbstbetrug war die ganze Kriegsanleihewirtschaft.

Hundert Milliarden hat das deutsche Volk von sich für seinen Krieg geborgt. 5 Milliarden Zinsen hat es sich dafür versprochen; 5 Milliarden Steuern muss

es also bezahlen. Nutzen hat nur der Grosskapitalist, der so viel Kapitalrenten bezieht, dass er sie unmöglich aufbrauchen kann und durch die Kapitalrentensteuer wird ihm ja nur ein ganz bescheidener Prozentsatz abgenommen, wie wir gesehen haben Ich hoffe schon jetzt durch die grossen Linien meiner Beweisführung das menschlich begreifliche Erschrecken vieler Leser verscheucht zu

Kleinlicher Egoismus darf das grosse Ziel nicht verschleiern.

haben, ob des eventuellen Entgangs ihrer Zinsbezüge aus ihren schönen Wertpapieren. Nur ganz kurz möge an einem Beispiel gezeigt werden, dass die ganze Zinswirtschaft grosse Selbsttäuschung ist, und zwar will ich dabei an eine oberste Grenze gehen von gut bürgerlichen Einkommensverhältnissen.

Gesetzt den Fall, das Arbeitseinkommen eines Familienoberhauptes sei 10'000 Mark, dazu noch 5'000 Mark aus Kapitalsrenten, so sind hieraus zunächst ungefähr 1'500 Mark direkte Steuern zu bezahlen, ferner in Gestalt der teureren Mieten werden mindestens 1'000-1'200 Mark für den ewigen Mietzins abzuziehen sein; – weitere 1'000 Mark dürften durch die indirekten Steuern der fünf- bis sechsköpfigen Familie aufgezehrt werden, und schon jetzt erkennt man, dass bereits unter den glücklichen Steuerverhältnissen aus früheren Jahren von den schönen Kapitalrenten des kleineren und mittleren Kapitalisten gar nicht viel übrigbleibt. Heute kann von «Übrigbleiben» schon gar keine Rede mehr sein; im Gegenteil erhebliche Teile des Arbeitseinkommens werden wohl, wenn man heute die phantastischen derzeitigen Steuerpläne sich ansieht, auch noch weggesteuert werden.

Ganz anders sieht sich natürlich die Sache an für den Grosskapitalisten, der, sagen wir einmal, nur 1 Million Kapitalrenten bezieht. (Solche Leute gibt es in Deutschland heute ziemlich viele.) An Kapitalrentensteuer zahlt dieser Glückliche, wenn es hoch kommt, 50-60'000 Mark. An indirekten Steuern zahlt er auch nicht mehr als der Familienvater des vorigen Beispiels. Für seinen Haushalt kann er schliesslich auch bei der heutigen teuren Zeit mit 40-50'000 Mark doch noch ganz angenehm leben. Bleiben ihm bare runde nette 900'000 Mark, für die er im nächsten Jahre bei 5% Zins neue 45'000 Mark Leihzinsen beziehen wird und das von Rechts wegen zu Lasten der werktätigen Bevölkerung.

Nutzen hat nur der Grosskapitalist, der kleine Rentner wird schadlos gehalten.

Der kleine Rentner, der nur von seinen Zinsen lebt, wäre zweifellos geschädigt. Ist er arbeitsfähig, so müsste er sich natürlich entschliessen, sich ein Arbeitseinkommen zu verschaffen. Damit stellt er sich dann immer noch sehr viel besser, als die Millionen seiner Volksgenossen, die nichts haben, ausser ihrer körperlichen oder geistigen Arbeitskraft. Will er das nicht, so muss er sein Vermögen einzehren. 20 Jahre lang hat er ja schliesslich immer noch daran zu zehren, wenn

er wie bisher 5% an Zinsen von nun ab als Einzehrer verbraucht. Für Personen, die nicht in der Lage sind, zu arbeiten, oder durch Krankheit und Alter geschwächt sind, muss selbstverständlich durch Ausbau der sozialen Fürsorge für alle Bevölkerungskreise für eine entsprechende Existenz gesorgt werden.

Ich stelle mir die soziale Fürsorge wie folgt vor: Nehmen wir an, eine ältere Dame, eine Witwe, die bisher von den Zinsen eines Kapitalvermögens von 60'000 Mark leben musste, wird durch die gesetzlich ausgesprochene Brechung der Zinsknechtschaft um ihre Einnahmequelle gebracht. Hier wäre durch weitesten Ausbau des Leibrentenwesens der betreffenden Person Gelegenheit gegeben, eine ihrem Kapital entsprechende Leibrente zu beziehen, wobei die jährliche Rente sogar gegenüber dem bisherigen Zinsertragnis erhöht werden könnte, um auch diesem Personenkreis einen gewissen Ausgleich für den gesunkenen Geldwert zu geben. Also so dass z.B. gegen die eingelieferten 60'000 Mark in Schuldtiteln des Reichs, der Staaten oder in Pfandbriefen eine jährliche lebenslängliche Rente von 4'000 Mark gegeben werden könnte. Hat die Witwe Kinder und will sie diesen einen Teil des Vermögens vererben, so kann ihr freigestellt werden, nur 40'000 Mark in eine Leibrente umzuwandeln, während die restlichen 20'000 Mark für die Kinder erhalten bleiben. Aus den 40'000 Mark, könnten ja nach dem Alter der Leibrente Nachsuchenden bis zu $\frac{1}{12}$ des eingelieferten Kapitals gegeben werden. Auch hier sei wiederum darauf verwiesen, dass durch die Brechung der Zinsknechtschaft die Lebenshaltung der Witwe durch den Fortfall der drückenden Steuern ganz erheblich verbilligt wird.

Es würde weit über den Rahmen dieses Aufsatzes hinausgehen, im Einzelnen den persönlichen Interessen einzelner Schichten der Bevölkerung nachzugehen. Es kann sich bei einer so umwälzenden Forderung auch gar nicht um persönliche Interessen handeln und trotzdem wird man bei den Auswirkungen des Gedankens die Erfahrung machen, dass die heilsamen Folgen schliesslich wieder jedem Einzelnen persönlich zugutekommen werden.

Gerade an dem schon oben angeschnittenen Problem der Zinslosmachung der Krieganleihen habe ich schon klar zu machen versucht, dass der kleine Kapitalist, also alle die Hunderttausende, die durch eine mehr als amerikanische Werbetätigkeit für die Zeichnung der Krieganleihen zur Eingabe ihrer Ersparnisse veranlasst worden sind, von den Zinsen nicht nur nichts haben, weil sie ja selbst dafür die Steuern zahlen müssen, sondern bei der auf Schonung des Grosskapitals zugeschnittenen Steuergesetzgebung für die Zinsen der Millionenzeichnungen mitzahlen müssen. Ich denke mir, dass abgesehen von diesen höchst realen Betrachtungen allein schon ein Appell an alle um das Wohl ihrer Kinder besorgten Anleihebesitzer genügen müsste, um den Verzicht auf ewigen Zins aus den Schuldverschreibungen des Reiches als ganz natürlich hinzuneh-

men. Was verliert denn eigentlich der Patriot, der seinem Vaterland in höchster Not 10'000 Mark gegeben hat, in diesem Falle anderes, als nur ein wucherisches Anrecht darauf, 50'000 Mark allein an Zinsen innerhalb hundert Jahren zu beziehen, ohne dass dadurch sich das Kapital auch nur im Geringsten abgenützt hätte? Ewig müssen seine Kinder und Enkel dafür arbeiten, dass nur zu allererst diese Zinsen bezahlt werden können.

Der Zins belastet unsere Kinder.

Die Frage der Rückzahlung der geliehenen Summen kann in verschiedener Weise gelöst werden. In meinen kurzen Leitgedanken zu vorliegendem Problem, die ich der Regierung des Volksstaates Bayern am 20. November vor. Js. eingereicht habe, habe ich den Vorschlag gemacht, einfach an Stelle der Zinszahlung die Rückzahlung treten zu lassen in 20 Jahres-Raten von 5%. Ich glaube im Folgenden noch einen weit besseren Vorschlag machen zu können, der ob seiner Einfachheit sicherlich den Vorzug verdient: «Die Kriegsanleihestücke werden unter Aufhebung der Verzinsung zu gesetzlichen Zahlungsmitteln erklärt.» Das ist das Ei des Kolumbus. Der Vorteil dieser Massnahme ist zunächst der, dass eigentlich niemand etwas davon merkt. Die Anleihestücke bleiben ruhig in den Depots liegen, nur kriegen sie keine Jungen, so wenig wie ein Buch, oder ein Schrank, oder ein sonstiger verbrauchbarer Gegenstand, den man an seinen Freund geliehen hat.

Braucht man Geld, so holt man sich eben einen Kriegsanleihschein und bezahlt damit. So viel Schönheit und Papierwert wie unsere übrigen 10-, 20-, 100- und 1'000-Mark-Scheine haben die Kriegsanleihscheine ja schliesslich auch. Von einer Überschwemmung des Marktes mit Zahlungsmitteln kann bei einer derartig stossfreien Überführung der Zinswirtschaft in die zinsfreie Volkswirtschaft gar keine Rede sein. Die Kriegsanleihestücke befinden sich ja bereits sämtlich wohlverwahrt und aufbewahrt in den Banktresors oder sonstigen vom Volk als diebessicher betrachteten Verstecken, als das sind der wollene Strumpf oder der Misthaufen. Es kann die Tatsache doch gar nicht geleugnet werden, dass die ausgegebenen papiernen Zahlungsmittel in Höhe von beiläufig 40 Milliarden ja auch nicht im Umlauf sind, sondern zum allergrössten Teil in der oben geschilderten Weise thesauriert sind. Unser Bedarf an Zahlungsmitteln war auch zu Zeiten der Hoch-konjunktur vor dem Kriege nur etwa 4-6 Milliarden, und davon, dass wir heute mehr als das Doppelte dieser Summe bräuchten, kann bei dem sich immer mehr einbürgernden bargeldlosen Zahlungsverkehr keine Rede sein.

Ganz in der gleichen Weise ist selbstverständlich die Entzinsung für alle festverzinslichen Werte vorzunehmen. Für diese Werte, sowie für die Dividenden-

werte wird sich indes mehr die ursprünglich für alle Werte vorgeschlagene «Rückzahlung» in 20 oder 25 Jahresrenten empfehlen, so insbesondere auch für die Hypotheken. Die Brechung der Zinsknechtschaft für die Hypotheken bedeutet zweifellos die Lösung des Wohnungsproblems, die Befreiung von den unerschwinglichen Mieten. Es ist ebensowenig einzusehen, warum der Inhaber einer Hypothek aus der einmal dargeliehenen Summe ewigen Zinsgenuss haben soll, warum ihm ein mühe- und endloser Güterzufluss beschieden sein soll, warum die grosse Masse eines Volkes nur diesem ungesunden Zinsprinzip zuliebe jahr-

Entzinsung der festverzinslichen Werte ist Gesundung in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung.

aus, jahrein die hohen Mieten zahlen soll. Nur ganz kurz sei eingeschaltet, dass selbstverständlich von einer völligen Abschaffung des Mietzinses nicht die Rede sein kann, da ja die Verwaltung und Unterhaltung der Häuser ständig Arbeit und Geld erfordert. Es wird also eine Absenkung der Mieten nur soweit eintreten können, als durch die erfolgte Rückzahlung der Hypotheken sich von selbst ergibt.

Nur eines soll in aller Schärfe betont sein, dass die Brechung der Zinsknechtschaft nicht das geringste mit unserer gesamten werteschaaffenden Arbeit zu tun hat, insofern, als dem Unternehmmergeist, der schaffenden Arbeit, der Erzeugung von Gütern, dem Erwerb von Reichtum in gar keiner Weise ein Hemmnis bereitet wird; im Gegenteil wird, wie wir gesehen haben, das ganze werktätige Volk von einem dumpfen, unerklärlichen, schweren Druck befreit; unser Seelenleben wird gereinigt von einem berauschenden Gift.

Wie richtig im Laufe der Geschichte die Fruchtbarkeit des Zinsproblems erkannt worden ist, erkennen wir daran, dass zu allen Zeiten und in allen Völkern das Zinsproblem die Geister beschäftigte.

Im Alten Testament finden wir an verschiedenen Stellen, so 3. Mos. 25, 5. Mos. 15 Bestimmungen über Zinsnachlässe in der Form, dass das siebente Jahr jedesmal ein Hall-Erlass oder Jubeljahr sein sollte, in welchem alle Schulden den Volksgenossen nachgelassen werden sollten.

Solon hat im Jahre 594 v. Chr. durch Gesetz die persönliche Schuldknechtschaft aufgehoben. Man nannte dieses Gesetz die grosse Seisachtheia. (Lastenabschüttelung.) Im alten Rom verbot die *lex Gemicia* vom Jahre 332 v. Chr. den römischen Bürgern kurzerhand überhaupt das Zinsennehmen.

Unter Kaiser Justinian wurde ein Zinseszinsverbot erlassen, mit der Bestimmung, es dürften überhaupt keine Zinsen mehr gefordert werden, wenn die rückständigen Zinsen bis zur Höhe des ursprünglich dargeliehenen Kapitals angewachsen seien.

Papst Leo I. d. Gr. erliess im Jahre 443 ein allgemeines Verbot, Zinsen zu nehmen; es war bis dahin nur den Klerikern untersagt, Zinsen von einem Darlehen zu fordern. Nun wurde das Zinsverbot Teil des kanonischen Rechtes und auch eine für die Laien verbindliche Vorschrift.

Allmählich schloss sich auch die weltliche Gesetzgebung den kanonischen Anschauungen an, und bedrohte das Zinsnehmen sogar mit Strafe. Wir finden dies in den Reichspolizeiverordnungen der Jahre 1500, 1530 und 1577.

Allerdings wurden nun derartige Gesetze viel bekämpft und vielfach umgangen, und es mag nur noch bei diesem ganz kurzen historischen Rückblick als eine erstaunliche historische Tatsache erwähnt sein, dass während das kanonische Recht vom 11. bis 17. Jahrhundert den Christen das Zinsnehmen verboten hatte, dies den Juden gestattet war.

Der Kampf gegen den Zins ist in der Geschichte der Völker nicht neu.

Es wäre ausserordentlich reizvoll, zu untersuchen, welche wirtschaftlichen Auswucherscheinungen jeweils zu diesen gewaltsamen Lastenabschüttelungen geführt haben. Es wäre besonders wertvoll, zu sehen, welche Mächte und Kräfte die Zinsverbote immer wieder durchbrochen haben.

Im Mittelalter ist ja wohl mit den Wucherern oft kurzer Prozess gemacht worden, die Bauern oder ausgesogenen Bürger haben sich zusammengetan, und die Wucherer erschlagen. Heute sind wir in ein ganz anderes Entwicklungsstadium des Zinsproblems getreten. Solche Pogrome werden aufs Tiefste missbilligt. Es handelt sich auch gar nicht mehr um einzelne lokal begrenzte Krankheitsercheinungen, die durch das Ausschneiden des Eiterherdes bekämpft werden könnten, es handelt sich um eine schwere Erkrankung der ganzen Menschheit. Es mag ganz besonders betont sein, dass gerade unsere heutige Kultur gerade die Internationalität der wirtschaftlichen Beziehungen das Zinsprinzip so mörderisch machen. Der gegebene historische Rückblick soll auch gar keine Analogie sein für die heutigen Verhältnisse. Wenn die Babylonier die Assyrer, die Römer die Karthager, die Germanen die Römer überwandten, so gab es keine Fortdauer der Zinsknechtschaft; es gab keine internationalen Weltmächte. Die Kriege wurden auch nicht durch Borgen finanziert, sondern mit den während des Friedens angesammelten Schätzen. Eine sehr nette Zusammenstellung hierüber gibt David Hume in seiner Abhandlung über den Staatskredit. Erst die neue Zeit mit ihrer Kontinuität des Besitzes und ihrem internationalen Recht lässt die Leihkapitalien ins Ungemessene steigen. Der Pfennig, der zur Zeit von Christi Geburt auf Zinsen gelegt wurde, existiert nicht mehr, weil inzwischen mehrmals alle Besitzrechte der Gewalt weichen mussten; dagegen existiert der Pfennig, den der alte Rothschild auf Zinsen gelegt hat und wird, wenn es ein internatio-

nales Recht gibt, in alle Ewigkeit existieren. Es ist ausserdem zu bedenken, dass weite Strecken der Erde erst in der neuen Zeit von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft übergegangen sind. Ganz besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass erst in der Mitte des vorigen Jahrhunderts alle Beschränkungen im Zinsnehmen bzw. alle Zinsverbote abgeschafft wurden. So in England im Jahre 1854, in Dänemark 1856, in Belgien 1865, in Österreich 1868.

Also nicht viel älter wie ein halbes Jahrhundert ist der mit dem Geldbesitz heute als unzertrennlich betrachtete Zinsbegriff. Aber gerade dieser Zinsbegriff hat erst das Geld zu der dämonischen Macht von so allgemeiner Gewalt werden lassen, wie wir es kennen gelernt haben. Erst seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts datiert auch die beginnende und dann immer stärker werdende Verschuldung der Staaten gegenüber dem Kapitalisten. Erst seit dieser Zeit sehen wir den Staat vom Sachwalter der Volksgemeinschaft zum Sachwalter der kapitalistischen Interessen herabsinken. Diese Entwicklung hat ihren Höhepunkt in den Krieganleihen erreicht, denen wir in allen Ländern begegnen, die ausschliesslich, wie wir erkannt haben, nur mammonistischen Interessen dienen, und denen nunmehr durch das riesenhafte Kreditgebäude einer Weltanleihe die Krone aufgesetzt werden soll.

Diese kurzen Rückblicke mögen es uns erleichtern, dass wir endgültig mit der Vorstellung brechen, es müsse dem Leihkapital die überirdische Macht verliehen sein, ewig und unaufhaltbar aus sich selbst heraus zu wachsen. Mit einer fürchterlichen aussaugenden Kraft begabt.

Wir müssen damit brechen, dass das Leihkapital unerreichbar dem Weltgeschehen und Vergehen soll tronen können über den Wolken, unerreichbar der Vergänglichkeit, unerreichbar den Gewalten der Zerstörung, unerreichbar den Geschossen unserer Riesengeschütze. Denn mögen auch Häuser und Hütten, Eisenbahnen und Brücken von Granaten zerschmettert in Staub und Asche sinken, die Hypotheken bleiben bestehen, die Eisenbahn- und Staatsschuldverschreibungen werden dadurch nicht ausgetilgt. Mögen Dörfer und Städte, ganze Provinzen der wahninnigen Zerstörung des Krieges zum Opfer fallen, was verschlägt es, neue Schuldverschreibungen bedeutet dies. Mit gierfunkelnden Augen sieht die, über den Wolken tronende goldene Internationale dem tollen Treiben der Menschheit zu. Und nicht fern ist die Zeit, bis schliesslich restlos die ganze Menschheit als Zinssklaven dem Mammonismus dient...

International ist der Gedanke; die ganze Welt muss er befreien.

Heil der Nation, die zuerst den kühnen Schritt wagt. Bald werden alle anderen folgen. Die oft an mich herangetretene Frage, ob der Gedanke überhaupt national durchführbar sei, beantworte ich mit – ja. – Wir sind intern verschuldet.

Gegen ausländische Zinsansprüche sind wir natürlich zur Zeit machtlos; die müssen eben bezahlt werden. Übermäßiger Kapitalabfluss muss nach Möglichkeit gesperrt werden, aber, so wenig sich der Gesetzgeber davon abhält, Gesetze gegen Mord, Totschlag, Betrug etc. auszuarbeiten, weil es doch immer wieder Lumpen gäbe, so wenig darf sich ein Volk in seiner Gesamtheit davon abhalten lassen, einen als notwendig erkannten Schritt zur Gesundung seiner Staatsfinanzen zu tun, nur deshalb, weil nicht gerade die besten Teile des Volkes ihr errafftes Geld im Auslande in Sicherheit zu bringen versuchen. – Gesetzt den Fall, es würden Hunderte, ja Tausende von Millionen Krieganleihestücke ins Ausland verbracht werden, so würde selbst dies noch kein einschneidendes Moment für die Unterlassung der Brechung der Zinsknechtschaft sein können, denn der Grössenordnung nach müssen ja doch von den über 250 Milliarden festverzinslichen inländischen Anlagewerten der aller-, allergrösste Teil im Inlande verbleiben.

Wir wollen nochmals kurz zusammenfassen. – Die Brechung der Zinsknechtschaft ist das Radikalmittel für die endgültige und dauernde Gesundung unserer Staatsfinanzen. – Die Brechung der Zinsknechtschaft bedeutet die Möglichkeit des Verzichtes auf drückende direkte und indirekte Steuern, weil die werbenden Betriebe des Staates bisher schon und erst recht nach Vornahme weiterer für die Sozialisierung geeigneter Gebiete (Binnenschiffahrt, Elektrizitätsversorgung, Luftverkehr usw.) genügend Überschüsse in die Staatskassen abliefern, um daraus alle sozialen und kulturellen Aufgaben des Staates zu bestreiten.

Über diesen finanziellen Gesichtspunkt hinaus wird die Brechung der Zinsknechtschaft der schaffenden Arbeit in allen Berufszweigen die ihr gebührende erste Stelle einräumen. Das Geld wird wieder zurückverwiesen in die ihm allein zukommende Rolle, ein Diener zu sein in dem gewaltigen Getriebe unserer Volkswirtschaft. Es wird wieder werden, was es ist, eine Anweisung auf geleistete Arbeit und einem höheren Ziel wird damit der Weg geebnet, der Abkehr von der rasenden Geldgier unseres Zeitalters.

Der Gedanke will eine geschlossene Front der ganzen werktätigen Bevölkerung herstellen vom besitzlosen Arbeiter, der wie wir gesehen haben, sehr kräftig im Wege der indirekten Steuer für die Befriedigung des Leihkapitals herangezogen wird, über die gesamte bürgerliche Schicht der Beamten und Angestellten, des bauerlichen und kleingewerblichen Mittelstandes hinweg, die in Gestalt von Wohnungselend, Bodenzinsen, Bankzinsen usw. die unbarmherzige Gewaltherrschaft des Geldes zu spüren bekommen, bis weit hinauf zu den führenden Köpfen, Erfindern und Direktoren unserer Grossindustrie, die alle samt und sonders mehr oder weniger in den Krallen des Grossleihkapitals stecken, für die es als erste Lebensaufgabe immer heisst: Renten, Zinsen, Dividenden erarbeiten

für die hinter den Kulissen spielenden Geldmächte. Nicht minder gehören auch alle Kreise der Intelligenz, Künstler, Schriftsteller, Schauspieler, Wissenschaftler, sowie die übrigen Angehörigen der freien Berufe hinzu.

Mag das Grossleihkapital bewusst oder instinktiv als natürliche Personengruppe oder als Personifikation des Zinsprinzips die Tatsache seiner unbeschränkten Herrschgier zu verdecken suchen, mag unsere ganze auf dem römischen Recht, also dem Schutz einer Plutokratie dienenden Rechte hervorgegangene Rechtsprechung noch so sehr den Schutz des Eigentums in den Vordergrund gedrückt haben und damit in das Rechtsbewusstsein unseres Volkes eingedrungen sein, die Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes muss kommen, als einziger Ausweg aus der drohenden wirtschaftlichen Versklavung der ganzen Welt durch die goldene Internationale, als einer der Wege, um das Gift des Mammonismus mit seiner Versumpfung und Verseuchung der Mentalität unsres Zeitalters auszu-treiben.

Die Konvertierung der Kriegsanleihe in Bankguthaben

Die in §1 geforderte Erklärung der Kriegsanleihe-Stücke etc. zu gesetzlichen Zahlungsmitteln hat zu wiederholten Malen den Einwurf der übermässigen Überschwemmung des Marktes mit Zahlungsmitteln hervorgerufen. Dieser Einwand ist an sich zwar irrig. Die Inflation besteht durch das blosse Vorhandensein der Kriegsanleihe. – Aber es ist richtig, dass der Gedanke an das körperliche Vorhandensein dieser zu Zahlungsmitteln erklärten Papiere trotz ihrer Irrigkeit nicht zur Ruhe kommt und daher trotz der Unwirklichkeit zu ungünstigen Nebenerscheinungen führen möchte, als ob tatsächlich eine neue Inflation stattgefunden hätte, deshalb fordern wir unter Abänderung des §1 die Konvertierung der Kriegsanleihestücke sowie der übrigen staatlichen Schuldverschreibungen unter gesetzlicher Aufhebung der Zinspflicht in Bankguthaben.

Diese Formulierung hat den grossen Vorteil, dass die Erscheinungsform der Kriegsanleihe als Wertpapier verschwände, die Stücke der Kriegsanleihe wären an die Reichsbank von den Banken, Bankiers, Sparkassen etc. einzuliefern und würden nach Gutschrift des Gegenwertes vernichtet werden. Damit würde so ziemlich jeder Mensch in Deutschland ein Bankguthaben bekommen, ein offenes Bankkonto, über das er verfügen könnte.

Eine derartige Behandlung hätte ausserdem noch den grossen Vorteil, dass ein Zurückhalten grösserer Posten in Privatbesitz nicht möglich wäre, da nach Ablauf einer bestimmten Frist, die nicht eingelieferten Anleihestücke als ungültig zu erklären wären, Ausserdem wäre eine Kontrolle immerhin möglich, wieviel

Kriegsanleihe ins Ausland verbracht worden ist. Der letztere Punkt kann aber in gar keiner Weise die Durchführung der B. d. Z. hindern, denn fühlen wir uns wirklich zu schwach gegenüber dem Ausland, so müssen wir halt die vom Ausland herantretenden Zinsforderungen befriedigen, ich bin zwar persönlich durchaus der Meinung, dass wir auch ausländischen Anleihebesitzern gegenüber die Zinsloserklärung aufrechterhalten müssen.

Dass bei einem derartigen, an etwas wiedererwachendes Selbstbewusstsein erinnernden Vorgehen, die auswärtigen Zinsansprüche mit Waffengewalt durchgedrückt werden würden, bräuchten wir nicht zu gewärtigen, denn tatsächlich ist in der Geschichte noch niemals gegen einen grossen Staat wegen finanzieller Massnahmen zu Gunsten von Privatpersonen eine kriegerische Aktion vorgenommen worden. Es wäre auch gar nicht auszudenken, dass sogar das französische Volk wegen der Zinsansprüche der Herren Mayer, Schulze und Cohn aus Deutschland aus ihren über die Grenze mitgebrachten deutschen Kriegsanleihen, an Deutschland ein Ultimatum stellen würde.

Es wäre überdies möglich, um sogar den Schein eines Staatsbankrottes dem Ausland gegenüber zu vermeiden, eine Auslösung der Kriegsanleihe vorzunehmen, die dann ja leicht auf Grund der durch die pflichtmässige Einlieferung zu gewinnenden Statistik so eingerichtet werden könnte, dass eben die als im Ausland anzunehmenden Nummern zuerst ausgelost, und in Reichsbanknoten ausgezahlt würden, Noch ein Drittes wäre die zu begrüssende Feststellung über die Verteilung der Kriegsanleihe, und die damit auch noch gegebene Möglichkeit einer ausserordentlich einfachen Steuereinzahlung der Vermögenssteuer, indem die Rentämter ja nur die Reichsbankstellen anweisen bräuchten, das Konto des Herrn N. N, mit so und so viel Mark Steuern zu belasten. Auf diese Weise wäre das Steuerzahlen um vieles schmerzloser – selbstverständlich bliebe das Einspruchsrecht der Zensiten in vollem Umfange bestehen.

Bei einer derartigen Umwandlung (Konvertierung) der Kriegsanleihen in Bankguthaben könnte auch ein gewisser sozialer Ausgleich geschaffen werden, insoferne als kleinere Posten von Kriegsanleihe, also alle kleinen Zeichnungen aller derer, denen die Zeichnung der Kriegsanleihe wirklich als vaterländische Tat anzurechnen ist, also sagen wir bis 5 oder 10'000 Mark al pari gutgebracht würde, während alle grösseren Zeichnungen zum Tageskurs gutgeschrieben werden könnten.

Ganz ebenso wären die Gutschriften für alle übrigen Staatspapiere zu behandeln.

Besondere Erläuterungen zu der Gesetzesforderung im Manifest

- Zu § 1) Es ist ganz unerlässlich, dass sämtliche staatlichen und kommunalen Schuldenverschreibungen in der gleichen Weise behandelt werden, da nur so eine einheitliche grosszügige Regelung unseres gesamten Geldwesens Hand in Hand mit der Brechung der Zinsknechtschaft durchgeführt werden kann.
- Zu § 2) Dass die Brechung der Zinsknechtschaft gleichzeitig bei allen übrigen festverzinslichen Papieren vorgenommen werden muss, ist schon aus dem Grunde klar, um nicht ein unsinniges in die Höheschnellen dieser Papiere herbeizuführen; dies würde dann selbstverständlich eintreten, wenn nur die staatlichen Papiere als zinslos erklärt würden. Die Abtragung der Schuld als solche wäre durch jährliche Rückzahlung zu betätigen, wodurch eine stetig und gleichmässige Entschuldung aller belasteten Objekte herbeigeführt würde.
- Zu § 3) Dieser Paragraph steht im engsten Zusammenhange mit den vorangehenden ebenso wie mit der in § 5 geforderten Verstaatlichung des Realkredites. Der mit Hypotheken belastete Bauer oder Hausbesitzer bezahlt nach wie vor den Betrag weiter, den er bisher an den Gläubiger zu bezahlen hatte, aber nicht mehr als ewigen Zins, sondern als Rückzahlung. Nach 20, 25 oder 30 Jahren, je nach der Höhe des bisherigen Zinsfusses wird auf diese Weise der Grund- und Hausbesitz entschuldet sein. Die Hypothekenbank ihrerseits kann natürlich ebenso nur während dieser Zeit die Pfandbriefzinsen entsprechend weiter an Pfandbriefbesitzer bezahlen. Hand in Hand mit dieser Entschuldung tritt ein: Besitzrecht der Gemeinschaft an dem von Hypotheken befreiten Immobilienbesitz.

Vorauszugehen hätte ein allgemeiner Wohnungs-, bzw. Immobiliarkataster, denn auch der schuldenfreie Immobilienbesitz hat natürlich das Recht auf Zurückzahlung des investierten Kapitals, sowie ein dauerndes Anrecht auf den Teil des Mietzinses, der zur Bestreitung aller mit Immobilienbesitz verbundenen Unkosten, Spesen usw. sowie auf entsprechende Entschädigung für persönliche Mühewaltung.

Wir wollen dies an dem Bild eines städtischen Miethauses in allgemeinen Umrissen erläutern. Das Haus hat einen Wert von 100'000 Mk. Darauf sind eingetragen die Forderung von 50'000 Mk. zu 4% einer Hypothekenbank an 1. Stelle, von 20'000 Mk. zu 500 von privater Seite an 2. Stelle und 30'000 Mk. beträgt

das vom Hausbesitzer selbst aufgebrauchte Geld. Die Mieteingänge sind 7'000 Mk. Hievon sind abzuzahlen für die 1. Hypothek 2'000 Mk., für die 2. Hypothek 1'000 Mk., für Spesen, Abgaben u.s.w. 1'000 Mk., im Ganzen 4'000 Mk. Es bleiben somit dem Hauseigentümer 3'000 Mk. als Verzinsung für sein eigenes aufgewendetes Kapital von 3'0000 Mk.

Nach Durchführung der gesetzlichen Zinslosmachung des Geldes ist nach 10 Jahren der Stand folgender: 1. Hypothek 30'000 Mk., 2.

Hypothek 20'000 Mk. Die Kapitalforderung des Hausbesitzers ist ganz zurückbezahlt, dagegen ist ein neues, staatliches Besitzrecht getreten in Höhe von 50'000 Mk. Damit beginnt für den Staat das Mitbestimmungsrecht über die weiteren Mieteingänge, sowie die Festsetzung der Mietpreise. Es wäre nun ungerrecht, den Hauseigentümer im Hinblick auf die Rückzahlung gleichzustellen mit den Hypotheken.

Denn sein Kapital ist nicht das im engeren Sinne durch die Brechung der Zinsknechtschaft zu treffende reine Leihkapital; es handelt sich dabei um «riskiertes» Kapital, nämlich um ein in ein wertvolles Gut, nämlich ein Haus umgesetztes Geld. Es ist daher für den Hausbesitzer entweder eine längere Fortdauer eines Rentengenusses, oder aber ein entsprechender Prozentsatz aus den Verwaltungsspesen des Hauses dauernd zuzugestehen.

Es kann nicht Aufgabe sein, an dieser Stelle irgend bindende Vorschläge zu machen, es handelt sich nur um Andeutungen, dass uns Anregungen wie eine reibungslose Überführung der Zinswirtschaft in die zinslose Wirtschaft auch auf dem Gebiet des Realbesitzes erfolgen könnte. Um das Beispiel übrigens noch zu vollenden, sei der Stand nach 25 Jahren angenommen: dann sind alle Hypotheken zurückbezahlt, nur die dauernden Aufwendungen sind die gleichen oder wegen des höheren Alters des Hauses erhöht von 1'000 Mk. auf z.B. 1'500 Mk. Der dem Hauseigentümer zugebilligte Satz aus dieser Summe sei auch etwa 1'000 bis 1'500 Mk., so ergibt sich demnach das Bild, dass rund 3'000 Mk. von den Mieteingängen tatsächlich dauernde Lasten sind, während die überschüssenden 4'000 Mk. von den ursprünglichen 7'000 Mk. Mieteingängen frei verfügbar wären. Der Staat hat es also in der Hand, die Mieten um mehr als die Hälfte herabzusetzen; er wird dies z.B. tun in Arbeiterhäusern, oder er setzt sie nur um 20, 30 oder 40% herab und gewinnt aus der noch verbleibenden Differenz eine ungeheure Einnahmequelle für sonstige staatliche Bedürfnisse, in erster Linie natürlich für den staatlich zu betreibenden Wohnungsneubau. In Herrschaftshäusern werden die Mieten nicht oder nicht viel abgesetzt werden, woraus weitere sehr grosse Mittel auch für den besseren Wohnungsbau frei werden oder für besondere soziale Zwecke. Diese Zukunftstatsache eröffnet aber – und ich halte das für eine sehr fruchtbare Perspektive – die innere Berechtigung für

die Gemeinschaft (Staat) schon jetzt in die Bestimmung der Mietpreise einzugreifen in der von mir oben skizzierten Weise einer Absenkung der Mietpreise der Arbeiterwohnungen; in dem wachsenden Anteilsrecht des Staates am Immobilienbesitz liegt die Begründung für eine fundierte Notenbank, Gutschriftsausgabe gegenüber den Hypothekengläubigern.

Zu §§ 4 u. 5) Diese Paragraphen fordern die Sozialisierung des gesamten Geldwesens. Geld ist eine nur und ausschliesslich von einer staatlichen Gemeinschaft ausgegebene Anweisung auf geleistete Arbeit. Geldzeichen ausgeben ist eines der souveränen Grundrechte des Staates. Die Fälschung der staatlichen Geldzeichen steht unter schwersten Strafen, also ist es eine geradezu zwingende soziale Forderung, das Geldwesen unter die Kontrolle der Gesamtheit zu stellen. Die Arbeitsleistung der Gesamtheit ist das einzige Substrat der Geldzeichen, und nur die Verkennung dieser Grundtatsache hat zu der Verwahrlosung unserer Staatsfinanzen und zu der völligen Anarchie des Geldwesens überhaupt geführt.

Mit der in § 5 vorgeschlagenen Überlassung des Personal- und Warenkredites an Privatbankiers wird ein tiefer Einschnitt in das gesamte Kreditwesen gemacht. Für das staatliche Kreditwesen ebenso wie für das kommunale und auch für den Realkredit ist mit äusserster Konsequenz und Energie an der Brechung der Zinsknechtschaft festzuhalten, weil sie die unerlässliche Voraussetzung für den sozialen Staat überhaupt ist.

Anders steht es mit dem Personalkredit. An und für sich stellen wir auch für den Personalkredit die Forderung der Zinslosigkeit auf, doch kommt dieser Forderung nicht mehr die ungeheure und prinzipielle Bedeutung bei. Wir erinnern uns an die 250 Milliarden festverzinslichen Leihkapitals gegenüber nur 12 Milliarden Dividendenpapieren. Alle derartigen Kredite, Aktien, Anteilscheine, Cuxen, Beteiligungen u.s.w. sind riskiertes Kapital. Das Erträgnis dieser Kapitalien hängt von dem Fleiss und der Tüchtigkeit derjenigen Personen ab, denen das Geld anvertraut worden ist. Hier kommt also das Moment des Risikos, der Verlustgefahr sowie des persönlichen Vertrauens in Frage. Dafür erscheint nach wie vor eine gewisse Entschädigung besonderer Art unerlässlich.

Der Aktien- u.s.w. Besitzer erhält keinerlei Entschädigung oder Gewinn, wenn das Unternehmen, dem er sein Geld anvertraut hat, nichts verdient, Er verliert sein Geld ganz, wenn das Unternehmen zusammenbricht.

Anders ist es z.B. bei dem Inhaber von Schuldverschreibungen der Reichseisenbahn. Die Reichseisenbahnen sind mit dem Verlust von Elsass-Lothringen vollkommen verloren. Nichtsdestoweniger bekommt der Inhaber von Eisenbahnanleihen seine Zinsen weiter. Von wem? Aus den Steuern der Gesamtheit. Die Eisenbahnen mögen mit noch so grosser Unterbilanz arbeiten wie in

Preussen und Bayern im letzten Jahre, die Anleihebesitzer bekommen trotzdem ihre Zinsen. Von wem? Von dem Tribut aus der Arbeitskraft und dem Konsum der arbeitenden Bevölkerung.

Man möge sich nur diesen grundlegenden Unterschied recht klar machen – um endlich einmal zu erkennen wo der Vampir an der Arbeitskraft des Volkes saugt. Also der Personalkredit soll der persönlichen Behandlung durch die Privatbank überlassen bleiben bzw. wieder zugeführt werden. Die persönliche Tüchtigkeit des Kreditsuchenden, die der Bankier persönlich kennt, soll wieder ausschlaggebend werden für den Personalkredit. Die vom Staate festgesetzten Gebühren regulieren sich von selbst nach der ohnehin durch die Brechung der Zinsknechtschaft einsetzenden Geldflüssigkeit.

Zu §6) Das prinzipiell in § 5 Gesagte gilt auch für die Dividendenwerte im Besonderen. Im Interesse der sozialen Staatsgemeinschaft muss indes gefordert werden, dass auch für die grossen Industrieunternehmungen eine Rückzahlung des einmal geliehenen Kapitals angestrebt wird – um auch hier einen Abbau der Verschuldung der einzelnen industriellen Werke gegenüber denen, die nur Geldgeber sind, herbeizuführen. Denn tatsächlich wiederholt sich hier in kleinerem Verhältnis, was wir bei dem Grosseihkapital gegenüber den ganzen Völkern beobachten konnten. Auch hier beutet der Kapitalist den Arbeiter, den Werkmeister, den Ingenieur, den Unternehmer aus, ganz gleichmässig, denn zuerst kommt der Zwang, Dividende verdienen zu müssen. Erreichen wir aber den Stand der vom ewigen Zinssauger befreiten industriellen und gewerblichen Unternehmungen, so ist erst dann der Weg offen zur Absenkung der Preise, der Fabrikate, der Zuführung und Verteilung des Mehrwertes, teils an die Gemeinschaft, teils an die Arbeiter und Beamtschaft und das Direktorium der einzelnen Unternehmungen, also an diejenigen, die wirklich allein Gütererzeugung und Werte schaffen.

Zu §7) In diesem Paragraphen spielt natürlich auch das ganze Gebiet des Versicherungswesens herein, das sich analog auf zinsloser Grundlage aufbauen lässt. Die eingezahlten Prämien können nicht durch Hinzukommen der Zinsen wachsen, sondern die Versicherungsgesellschaften werden zu Sparkassen, das heisst das Versicherungsrisiko und der Versicherungsvorteil bleiben erhalten. Hiefür hat die staatliche Gemeinschaft aufzukommen.

Zu §8) Bezüglich der Entwertung unseres Geldes, die nur durch die ungeheure Masse unserer zahllosen Schuldverschreibungen hervorgegangen ist, fordern wir eine stark gestaffelte Vermögensabgabe. Wir legen dabei den Nachdruck auf «stark gestaffelt». Denn eine Vermögensabgabe, eine Abstempelung der Noten u.s.w. ist jetzt auch nichts anderes wie ein Selbstbetrug, mit dem man dem Volk Sand in die Augen streut. Denn wenn ich auch überall die Hälfte aller

Vermögen einziehe und in Wertpapieren zahlen lasse und diese einstampfe, so wird dadurch doch nur erreicht, dass das Papier weniger wird, und dafür der Umrechnungsfaktor einen im selben Masse erhöhten fiktiven Wert bekommt. Den wirklichen Wert haben immer nur die Verbrauchs- und Gebrauchsgüter, niemals die papierenen Anweisungen auf geleistete Arbeit. Eine andere Frage ist es, ob sich damit die Valuta unserer Markwährung bessern lässt. Aber auch diese Valutabesserung ist im letzten Grunde wieder nur abhängig von der Arbeitskraft und der Produktion, das heisst der Produktionsmöglichkeit unserer gesamten Volkswirtschaft.

Die Einwände und ihre Widerlegung

Noch nie hat sich eine Idee widerspruchslös durchsetzen können, am wenigsten eine Idee, die so radikal mit den althervorgebrachten Anschauungen von der Heiligkeit und Unantastbarkeit des Zinses bricht.

Bei den erhobenen und zu erwartenden Einwendungen ist immer ein Zweifaches zu beobachten: Zuerst ist zu untersuchen: Was ist absichtliche Entstellung des Gedankens der Brechung der Zinsknechtschaft bei den gemachten Einwendungen, und zum Zweiten, was ist auf alle ehrlichen und sachlichen Bedenken zu antworten.

Der häufigste Einwand ist die Behauptung; ohne Zinsgenuss wird niemand sein Geld ausleihen.

Wir wollen ja gar nicht mehr, dass jemand sein Geld herleiht.

Kredit war die List, war die Falle, in die unsere Wirtschaft gegangen ist, und in die sie nun hilflos verstrickt ist. – Braucht das Volk wirklich dringend grösseres Kapital, so nimmt es zinslos nur gegen Rückzahlung bei der Zentralstaatskasse die benötigten Gelder auf, eventuell gibt es neue Banknoten aus, – warum soll es denn verzinsliche Scheine ausgeben?! – ob verzinsliches oder unverzinsliches Papier, ganz gleich! – dahinter steht einzig und allein die Arbeitskraft, die Steuerkraft des Volkes. Warum von vornherein jede staatliche Aufwendung mit dem Bleigewicht des ewigen Zinses belasten?!

Ja, aber wie soll der Staat seine Kulturarbeiten der Allgemeinheit gegenüber erfüllen? Er muss doch Geld haben und kann dieser Aufgabe doch nur auf dem Anleihewege gegen Zinsvergütung gerecht werden.

Diese Behauptung beruht auf einem ausschliesslich mammonistischen Gedankengang. Sie ist nach gründlicher Lektüre des Manifestes bewusst auf Irrefüh-

rung berechnet, denn wir haben erstens nachgewiesen, dass alle kulturellen und sozialen Aufgaben des Staates aus den werbenden Staatsbetrieben, aus den Erträgen von Post, Eisenbahn, Bergwerken, Forsten usw. nach Brechung der Zinsknechtschaft ohne Weiteres gedeckt werden können. Zweitens hat es der souveräne Volksstaat jederzeit in der Hand, durch Ausgabe unverzinslicher Wertzeichen an Stelle der im mammonistischen Staate zur Regel erklärten verzinslichen Wertpapiere für besondere Kulturaufgaben zu sorgen. Es ist durchaus nicht einzusehen, warum der Staat sich besondere Kulturaufgaben z.B. Eisenbahn-, Kanal- und Wasserkraftbauten durch ein ewiges Zinsversprechen ganz unnötig sich verteuern soll. Kann er aus laufenden Mitteln seiner werbenden Staatsbetriebe nicht die Baukosten usw. bezahlen, so ist kein Grund zu sehen, warum der Staat nicht das Geld machen soll, das souveräne Volk muss ja dafür aufkommen, indem es eben dies es Geld als Zahlungsmittel anerkennt. – Warum soll aber das Volk mit seiner ganzen Arbeits- und Steuerkraft sich hinter ein anderes Stückchen Papier (die verzinsliche Anleihe) stellen, das dem Volk in seiner Gesamtheit nur eine ewige Zinsverpflichtung auferlegt zu Gunsten des Kapitalisten!? Also weg mit dieser Zwangsvorstellung aus dem mammonistischen Staat.

Es werden dann eben die Kapitalisten die ausgegebenen Papierscheine an sich ziehen und Papiergeld aufstapeln.

Dagegen spricht zweierlei. Erstens wäre ja dann aus von sich aus selbst die Forderung schon erfüllt, dass reiner Geldbesitz unfruchtbar sein soll, also die Brechung der Zinsknechtschaft von den Kapitalisten freiwillig vorgenommen; denn wenn der Kapitalist seine Papierscheine zuhause aufspeichert, so verzichtet er ja schon von selbst auf Zinsen.

Zweitens spricht dagegen die Angst des Kapitalisten um sein Geld, man braucht sich nur die schlaflosen Nächte des Papiergeldhamsterers vorzustellen, der grosse Geldbeträge zuhause aufgespeichert hält und seinen Besitz ständig von Dieben, Räubern, Einbrechern, Haussuchungen, Feuers- und Wassernot bedroht sehen müsste. Ich bin überzeugt, dass der Biedermann diesen Aufregungen nicht lange Zeit gewachsen sein würde, und bald den Weg zur Staatsbank fände. Die Staatsbank stellt einen Gutschein aus und haftet nun für den Bestand, nicht aber für irgendwelche Zinsen. Im Übrigen bleibt ja immer noch jedermann eine dritte Möglichkeit offen, nämlich mit seinem Gelde zu arbeiten, Werte zu schaffen und Güter zu erzeugen, sich an industriellen Unternehmungen zu beteiligen, sein Leben immer reicher und schöner zu gestalten, Kunst und Wissenschaft zu

unterstützen, kurzum unter Abkehr von Mammonskult sein Geld nutzbringend zu verwerten.

Es kann aber doch sein, dass für irgendwelche Zwecke sich dringend privater Kapitalbedarf einstellt, z.B. für Ausprobierung von Erfindungen, Geschäftsgründungen von jungen, tüchtigen Handwerkern, Geschäftsleuten usw.

Zunächst hat dies mit der Brechung der Zinsknechtschaft gar nichts zu tun! Denn erstens muss man logischerweise annehmen, dass der Kapitalist, der nach Brechung der Zinsknechtschaft ja keine Gelegenheit mehr hat, seine Gelder bombensicher anzulegen und auf trägen Zinsgenuss zu spekulieren, viel mehr wie früher geneigt sein wird, sein Geld für derartige Zwecke zu riskieren, dass also ein Mangel oder Bedürfnis in dieser Richtung viel weniger wie bisher eintreten wird, oder hat man nicht gerade im Gegenteil von den tüchtigsten Geschäftsleuten, den klügsten Erfindern immer wieder die Klage gehört, wie schwer es ist, im mammonistischen Staat Geld für solche Zwecke zu bekommen, wenn nicht eine «Rente» garantiert werden konnte, Zweitens muss es Aufgabe des kommenden Staates sein, jeder tüchtigen Kraft durch grosszügige Unterstützung voranzuhelfen. Hierzu waren ja bisher im alten Beamtenstaat auch schon Ansätze da, aber so engherzig, dass meistens statt einer Förderung eine Hemmung und Verdrossenheit herauskam, durch die mit der Gewährung staatlicher Unterstützung verbundenen schikanösen Bestimmungen. Drittens sei bemerkt, dass mit der Bereitstellung von mehreren Millionen ungeheuer viel erreicht werden könnte. Die Arbeitsfreudigkeit, der Fleiss und die Zähigkeit des deutschen Erfinders, Ingenieurs, Handwerkers etc. ist so gross, dass durch das Beteiligungsrecht des Staates an den Ergebnissen glücklicher Erfindungen höchst wahrscheinlich reichlich die gemachten Aufwendungen wieder hereingebracht würden. (England als Beispiel.)

Die Brechung der Zinsknechtschaft führt notwendigerweise zur Aufzehrung des Vermögens.

Oho! Wer behauptet das? Oder doch ja! Wer sein Leben eingestellt hat auf das Verzehren seiner Kapitalzinsen und sich nicht entschliessen kann zur Arbeit, bei dem stimmt es allerdings; der wird in 20 Jahren bei jährlich 5% Einziehung restlos mit seinem Vermögen fertig. Ja das ist aber doch auch ganz in der Ordnung Wir wollen ja gerade die Brechung der Zinsknechtschaft, wir wollen ja, dass das Rententum aufhört, das höchste Ideal für den Staatsbürger zu sein. – Wir wollen ja aufhören mit dieser mammonistischen Versumpfung, wir wollen

ja nicht mehr dulden, dass einer, dass viele nur von ihren Leihzinsen, das heisst auf Kosten Anderer dauernd gemütlich leben können!

Ich komme zurück: es ist auch gar nicht wahr, dass die Brechung der Zinsherrschaft zur Aufhebung und der Aufzehrung der Vermögen führen würde. Im Gegenteil, die Brechung der Zinsknechtschaft fördert die Vermögensbildung auf Grund der von den ewigen Zinsabgaben befreiten und entlasteten wertschaffenden und gütererzeugenden Arbeit. Die Brechung der Zinsknechtschaft führt, wie wir gesehen haben, zu einer durchgreifenden Verbilligung des ganzen Lebens, sie entlastet uns von dem übermässigen Steuerdruck, sodass für jeden arbeitenden Menschen in Zukunft die Möglichkeit, Ersparnisse zu machen, grösser sein muss als bisher. – Noch eins! Die güter- und wertschaffende volkswirtschaftliche Arbeit von Industrie, Handel und Gewerbe wird ja durch die Brechung der Zinsknechtschaft in gar keiner Weise gehemmt, sondern im Gegenteil möglichst gefördert.

Was hat denn der Arbeiter davon, wenn die Kapitalisten keine Zinsen mehr bekommen?

Diese Frage hätte eigentlich nicht mehr kommen dürfen! Erstens war es ja der stete Kampfruf der Arbeiterschaft, dass die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten würden, zweitens haben wir ja klar und deutlich gesehen, dass gerade der Arbeiter in Gestalt von indirekten Steuern in hervorragendem Masse herangezogen wird zur Bezahlung der Leihzinsen, siehe Seite 27.

Die Familienbande werden geschwächt und zerrissen, wenn man den Kindern kein Vermögen hinterlassen kann.

Ja wie liegt hier der Fall? Ganz allgemein meine ich, dass das Geld mit Familiensinn wenig oder gar nichts zu tun hat, oder hat man gehört, dass die Kinder vermögender Eltern mehr an ihren Eltern hängen als die von armen Eltern, oder lieben reiche Eltern ihre Kinder mehr, als wenig begüterte? Was ist wohl wichtiger für die Kinder, dass ihnen die Eltern eine möglichst gute Erziehung angedeihen lassen und sie was Tüchtiges lernen lassen, sie zu fleissigen und gesunden und mutigen Menschen erziehen, oder dass sie ihnen einen möglichst grossen Geldsack hinterlassen? Im Besonderen wird zweifellos ein berechtigtes Streben anerkannt werden müssen, auch finanziell die Zukunft der Kinder sicherzustellen. Dieses Streben, also der Sparsinn der Eltern für ihre Kinder, wird durch die Brechung der Zinsknechtschaft in keiner Weise nachteilig berührt, im Gegenteil. Es wird die Möglichkeit von Ersparnissen grösser werden, wenn

unsere Volkswirtschaft von dem alles umspannenden Druck der Zinsknechtschaft befreit sein wird. Wir haben an dem Beispiel des Mannes mit 10'000 Mark Erwerb und 5'000 Mark Renteeinkommen ja gesehen, dass alle mittleren und kleineren Vermögen tatsächlich auf dem Umwege der direkten und indirekten Steuern des Hauszinses u.s.w. jeglichen Nutzeffektes beraubt werden. Ich kann nicht oft genug wiederholen: Der Leihzins der kleinen und mittleren Vermögen ist ein Schwindel, ein Selbstbetrug, ein Sichdrehen im Kreis, aber teuflisch genug hat das Grossleihkapital den Glauben an die Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Zinses durch die ihm ergebene Presse in aller Welt verbreitet und verkündet. Es lässt jedermann am schönen, betäubenden Zinsgenuss scheinbar teilnehmen, um das schlechte Gewissen einzuschläfern, das mit tragem, arbeitslosem Zinsgenuss unfehlbar verbunden sein müsste. Um Kampfgenossen zu werben, wenn es sich um die Verteidigung dieses höchsten Gutes des Mammonismus handelt.

Der Beamte, der Staatsmann wird sagen: Der Staat kann sich nicht von der einmal eingegangenen Verpflichtung, seinen Gläubigern gegenüber lossagen.

Was heisst Verpflichtungen? Ist es vielleicht moralischer, Verpflichtungen einzugehen, von denen der Staat invornherein wissen muss, dass er diese Verpflichtungen nur dann erfüllen kann, wenn er den Gläubigern genau in der gleichen Höhe durch Steuern auf direktem und indirektem Wege den Zins wieder abnimmt – wo bleibt da die Moral?!

Oder ist es nicht vielleicht ehrlicher, einzugestehen: Die Zinsen kann ich nur zahlen, wenn ich ebensoviele Steuern eintreibe – ich habe aber damals während des Krieges unbedingt Geld haben müssen, und darum habe ich den Schwindel mit der Kriegsanleihe gemacht; verzeih halt, liebes Volt es war ja schliesslich für Dich, und jetzt wollen wir kein Verstecken mehr spielen, ich der Staat bezahle keine Zinsen und Du, der Steuerzahler, brauchst für die Zinsen keine Steuern zahlen, das vereinfacht wesentlich unsere Geschäfte. Wir ersparen den ungeheuren Steuerapparat und ebenso den ausserordentlichen Zinsdienstapparat. Nicht wahr, abgemacht? Und Sie, Herr Scheidemann, setzen ein andermal nicht an jeder Plakatsäule Ihren Namen als Staatssekretär der alten kompromittierten Regierung unter die albernen Erklärungen bezüglich der Sicherheit und Unantastbarkeit der Kriegsanleihe. Sie kompromittieren sich nur selbst, den Nutzen von dem ganzen Schwindel hat doch nur einzig und allein das Grossleihkapital.

Der Finanzpolitiker und Bankfachmann wird die Brechung der Zinsknechtschaft der Kriegsanleihen und Staatsschulden als unmöglich erklären, weil dies gleichbedeutend mit dem Staatsbankrott sei.

Sie verzeihen – staatsbankrott sind wir ja nach Ihren Reden ohnedies oder müssen es werden. Eine öffentliche Staatsbankrotterklärung wäre aber die grösste Dummheit, die wir machen könnten; sie würde zu der tatsächlichen Unfähigkeit der jetzigen Machthaber auch noch die geschichtliche Bestätigung dieser Unfähigkeit vorzeitig bringen.

Wozu denn Bankrott erklären, wenn ich aus der rechten Hosentasche in die linke meine 3 Mark gesteckt habe, dann muss ich doch deshalb nicht den Bankrott der rechten Hosentasche erklären!

Anders war es doch nicht mit der Kriegsanleihe! Das Reich holte aus den Taschen des Volkes die ersten wirklich vorhandenen Milliarden, dann flossen die Gelder wieder zurück; dann kam die neue Anleihe, und wieder strömte das Geld zurück; abermals kam die Pumpe und saugte die Milliarden, und wieder ebften sie zurück, bis glücklich, nachdem das Spiel neunmal wiederholt war, und der Staat 100 Milliarden Schulden gemacht hatte. Dafür hatte das Volk 100 Milliarden schön gedrucktes Papier in Händen. Zuerst bildete es sich ein, es sei so und so viel reicher geworden, dann kam der Staat und sagte: «Es ist entsetzlich, ich habe 100 Milliarden Schulden und stehe vor dem Bankrott.» – Ja warum denn? Das ist doch nur eine Selbsttäuschung! Ich selbst kann doch nie bankrott werden, wenn ich mein Geld auch noch so oft von der einen Tasche in die andere stecke. Also über den Staatsbankrott im Hinblick auf unsere internen Kriegsanleiheschulden können wir uns ganz beruhigen. Deshalb brauchen wir wirklich keinen Staatsbankrott anzusagen und die Riesenarbeit mit den dummen Zinsen und den grossen, aber noch dümmen Steuern können wir uns wirklich sparen. Machen wir uns doch endlich frei davon, die Geschäfte des Grossleihkapitals zu besorgen! Nur das Grossleihkapital hat Nutzen von diesem Anleihe-Zinsen-Steuer-Schwindel, denn ihm bleibt ein schöner Batzen Geld über und diesen Überschuss zahlt das arbeitende Volk in Gestalt von indirekten Steuern; der kleine und mittlere Kapitalist aber dreht sich dabei einfach im Kreis herum.

Der Weltwirtschaftspolitiker sagt: Die Brechung der Zinsknechtschaft ist nicht möglich bei uns in Deutschland allein durchzuführen; das muss international gemacht werden, sonst verlieren wir allen Kredit, das Kapital fließt ab, und mir müssen dem Ausland gegenüber doch unseren Zinsverpflichtungen nachkommen.

Ich gestehe, dass ich mir über diese Frage selbst am längsten unklar war. Sie ist die schwierigste Frage, weil sie uns in Wechselbeziehung zur übrigen Welt bringt – indess die Sache hat zwei Seiten. Einmal ist der Gedanke der Brechung der Zinsknechtschaft der Kampf Ruf aller schaffenden Völker gegen die internationale Zinsknechtschaft des Geldes, und zum andern ist er das Radikalmittel für unsere interne Finanzmisere.

Es ist aber eigentlich kein Grund, von einem Heilmittel keinen Gebrauch zu machen, nur weil es der ebenso kranke Nachbar nicht gleichzeitig anwendet. Es wäre doch die aufgelegte Dummheit, wenn wir in Deutschland uns weiter in dem verrückten Kreise drehen, und Steuern und Zinsen zahlen, wenn wir klar erkannt haben, dass diese scherzhafte Tätigkeit nur ausschliesslich zu Gunsten der Grosskapitalisten ist. Also gehen wir voran mit unserem befreienden Beispiel, befreien wir uns von der Zinsknechtschaft des Geldes, und wir werden in Bälde sehen, dass die Kraft dieses sieghaften befreienden Gedankens die Völker der Welt veranlassen wird, uns zu folgen.

Ich bin sogar davon überzeugt, dass unser Anfang – wenn dieser Anfang nicht durch die deutschen Mammonisten unterdrückt wird – mit unwiderstehlicher Notwendigkeit die anderen Völker mitreissen wird.

Der Spartakist sagt: Der ganze Gedanke kommt nur auf eine Schonung des Kapitals hinaus, es bleibt dann doch wie es war, der Arme hat nichts und die Reichen bleiben.

Ja, mein Freund, es ist überhaupt sehr schwer, sich mit Dir auseinanderzusetzen, wenn Du wirklich in innerster Seele Kommunist bist, also wirklich haben willst, dass «Alles Allen gehören» solle, wenn Du dabei sogar die wirklichen Gedanken der grossen Bolschewistenführer in Russland, besonders Lenins, kennst und für richtig hältst, also die von Lenin als die nächsten Aufgaben der Sowjetrepublik bezeichnete «allgemeine Rechnungslegung und Kontrolle der gesamten Produktion und Verteilung» für menschenmöglich hältst. Wenn Du Dir aber darüber ganz klar bist, dass diese Aufgabe, wenn überhaupt, so doch nur im entsetzlichsten Zwangsstaat durchführbar ist, und Du bleibst dann immer noch im innersten Herzen überzeugter Kommunist oder Spartakist u.s.w., dann wollen wir nicht weiter miteinander streiten, dann verstehen wir uns eben nicht, wir reden eine fremde Sprache, und die Zukunfi wird darüber entscheiden ob der Zwangsjackenstaat, der im letzten Falle aus dem bolschewistischen Chaos hervorgehen kann, oder der von mir erhoffte neue Staat mit einer von der Zinsknechtschaft befreiten Volkswirtschaft. Wenn Du aber auf dem Grunde Deiner

kommunistischen Seele – wenn Du ehrlich bist, noch Gedanken, noch Sehnsucht findest nach Weib und Kind, nach einer Menschenseele, die Dir näher steht als ein Eskimo oder Zulukaffer, wenn Du bei der vom Sowjetleiter befohlenen Fabrikarbeit daran denkst, dass es doch schön wäre, ein eigenes kleines Häuschen zu besitzen, ein Stückchen eigenes Gartenland, wenn es Dir im tiefsten Grunde Deiner Seele doch keine rechte Befriedigung geben will, dass Du wie ein Hund auf der Strasse berechtigt sein sollst, jede Dir gerade in den Weg laufende Hündin, will sagen Weib, zu gebrauchen, wenn Du nur daran denkst, Dir etwas von Deinem Lohn zu ersparen, das dann Dir allein gehören soll, dann bist Du schon kein Kommunist mehr, dann hast Du schon im Herzen mit Deinem so laut verkündeten Schlagwort «Alles gehört Allen» gebrochen, dann willst Du eben nicht, dass Alles Allen gehöre, Du willst, dass eben doch das was Du Dir wünschst, Frau, Kind, Haus, Hof, Ersparnisse, ob Du es schon hast oder erst zu bekommen hoffst, dann auch dir allein gehören soll. Und siehst Du mein Freund, wenn Du nur ganz im Innern daran zweifelst, dass es dir nicht ganz gleichgültig wäre, wenn der Nächstbeste käme und einfach Dir Dein Erspartes im Namen von «Allen» wegnähme, Dir ein anderes Kind brächte, das Deinige mitnähme, weil alle Kinder «Allen» gehörten, dann, mein Freund, reden wir schon nicht mehr ganz aneinander vorbei, dann darf ich Dich wohl bitten, Dir einmal den Gedanken vorzulegen, ob nicht doch die kommunistische Botschaft, dass Allen Alles gehören soll, das Ende jeder Kultur bedeuten muss, dass das Fehlen jeglichen Eigentumsbegriffes mit zwingender Logik den Menschen auf die Stufe des Tiere herunterdrücken muss.

Wenn Alles Allen gehört, wenn im besten Falle einer Kontrolle und Rechnungslegung der gesamten öffentlichen Produktion und Verteilung im Sinne Lenins erzwingbar wäre, dann kommt dabei im besten Falle ein Ameisenstaat heraus. Dann können wir aber auch auf die Sprache verzichten, unsere Seele, unsere Gedanken preisgeben, stumm und instinktiv können wir unsere Zwangsarbeit verrichten. Das Ende des Menschen ist da.

Doch nun genug, Freund Spartakus. Lass Dir diese grundlegende Überlegung recht genau durch Kopf und Herz gehen. Eine genauere Antwort auf Deine Frage wird sich dann bei der Unterhaltung mit den anderen Parteien ergeben.

Und nun, Ihr Genossen der beiden sozialistischen Richtungen, Gemässigte und Unabhängige!

Ich kann mir nicht denken, dass von eurer Seite ernstlicher Widerspruch oder Einwände gegen die Brechung der Zinsknechtschaft erfolgt und doch muss ich mich grundsätzlich mit Euch auseinandersetzen, mit der ganzen sozialistischen Gedankenwelt, von Marx angefangen bis auf die derzeitigen Führer Ebert, Scheidemann, Kautzky u.s.f.

1. Der sozialistische Wille: Hebung der Arbeiterklasse ist eine unbedingt sieghafte Idee; soweit sind wir einig.
2. Die zur Erreichung dieses grossen Zieles beschrittenen Wege sind fast durchwegs falsch, weil sie
3. auf falschen Voraussetzungen aufgebaut sind.
4. Die sozialistische Staatsidee führt konsequenterweise zum Kommunismus, also zum Niedergang.
5. Weil aber die Sozialdemokratie ein anderes Ziel hat, eine Hebung der Arbeiterklasse, überhaupt des gesamten arbeitenden Volkes, so steht sie jetzt vor einem furchtbaren inneren Zwiespalt, weil die logischen Konsequenzen aus dem Marxismus geradezu zum Gegenteil dessen führen, was das praktische Ziel der Arbeiterbewegung ist.
6. Aus dieser inneren Zerrissenheit ergibt sich die öffentliche Unsicherheit in der Führung der Regierung.
7. Gegen Spartakus und bolschewistischen Kommunismus muss wegen des grossen praktischen Zieles (Hebung der Arbeiterklasse) ein scharfer Strich gezogen werden, und deren Methoden mit aller Macht bekämpft werden. Aber die gewerkschaftlich organisierte Sozialdemokratie fühlt sich heute gegenüber diesen radikalen Gruppen schwach, weil sie marxistische Denkweise als Erziehungsgrundsatz aufgenommen hat, und weil logischerweise alle marxistischen Gedankengänge zum Kommunismus führen.

Nun der Beweis: Punkt 2 sagt, dass die von der Sozialdemokratie beschrittenen Wege fast durchwegs falsch sind.

Die ganz allgemein betriebene Verhetzung hat zu einer tiefen Spaltung der Bevölkerung innerhalb der eigenen Nation geführt, die immer wiederholten Beschimpfungen gegen die Arbeitgeber aller Art, ja jedes bürgerlichen Berufes überhaupt als Ausbeuter und Blutsauger an dem angeblich allein arbeitenden Handarbeiter hat zu einer ungerechtfertigten Verbitterung und auch zur Überhebung der Arbeiterschaft geführt, die heute folgerichtig ihren Ausdruck findet in der Forderung nach der «Diktatur des Proletariats» (Kommunistisches Manifest). Die wesentlichste Forderung des Erfurter Programms – die Überführung der Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in den Besitz und Betrieb der Gemeinschaft hat sich heute verdichtet in dem Schrei nach «Sozialisierung».

Dass die Voll-Sozialisierung unseren wirtschaftlichen Untergang, den völligen Staatsbankrott bedeutet, ist jedem ehrlichen Politiker vollkommen klar. Aber man getraut sich nicht dies dem Volke offen und frei einzugestehen.

Nicht Vergesellschaftung sondern Entgesellschaftung müsste jetzt die Losung sein. So versucht man durch phantastische Steuerprojekte die offensichtlichen

Fehlschläge jeder Sozialisierung auszugleichen und auf diesem Wege zum zweiten Male die Expropriateure zu expropriieren. Das alles heisst aber nichts anderes, als die gesamte Volkswirtschaft dem restlosen Untergang preiszugeben. Statt einer Erhöhung (von einer Verdoppelung der Produktion, wie sie die ganze sozialistische Literatur für die Zeit nach der Revolution versprach, kann überhaupt keine Rede sein) ist das gerade Gegenteil eingetreten. Das Schlimmste aber wäre, wenn die derzeitige sozialistische Regierung an die Aufnahme grosser Auslandsanleihen dächte. Damit wäre nicht nur unser wirtschaftlicher Niedergang besiegelt, wir würden auch noch ganz restlos in die Zinsknechtschaft der Entente uns begeben, von der es kein Zurück mehr gäbe.

Der Grundfehler, der Grundirrtum, auf dem diese ganze irriige Kette von Schlüssen, Forderungen, Versprechen ans Volk aufgebaut ist, ist die ganz falsche Einstellung gegenüber dem Industrie- und Leihkapital.

Das kommunistische Manifest das Erfurter Programm, Marx, Engels, Lasalle, Kautzky, haben den tiefgehenden Unterschied zwischen Industriekapital und Leihkapital nicht erkannt.

In diesem Punkt muss die ganze Sozialdemokratie umlernen, dieser Grundirrtum muss klar erkannt und freimütig ohne Halbheit zugegeben werden. Dann aber muss man auch rücksichtslos die einzig möglichen Schlussfolgerungen ziehen. Diese aber bedeuten radikale Abkehr von dem sinnlosen, weil ganz falschem Wüten gegen die Industrie, gegen die Arbeitgeberschaft; Arbeiter und Arbeitgeber gehören zusammen, sie haben das gleiche Ziel, die Arbeit, die Produktion, denn ohne Produktion, ohne Arbeit kein Leben, keine Kultur, kein Vorwärts und kein Aufwärts. Die selbstverständlichen, weil unter Menschen – eben, weil sie Menschen sind – unvermeidlichen Gegensätze sind viel weniger wichtig als das gemeinsame grosse Interesse von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Diese Gegensätze können und konnten im Wege des Tarifvertrages und der Betriebsorganisation zur beiderseitigen Befriedigung gelöst werden.

Doch diese im Rahmen unserer Betrachtung der ganz grossen politischen Kraftlinien nebensächlichen Fragen wollen wir nicht weiterverfolgen und nur nochmals feststellen, dass das Interesse der gesamten Arbeiterschaft ganz genau gleich gerichtet ist mit unserer nationalen Industrie, mit unserer nationalen Volkswirtschaft.

Wer anders lehrt und die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer als wichtiger in den Vordergrund stellt, der versündigt sich in unverantwortlicher Weise gerade an den Arbeitern, denn er legt damit die Axt an die Wurzeln des Baumes, der die Arbeiterschaft nährt und trägt.

Das aber hat die Sozialdemokratie getan, und damit hat sie ewige Schuld gegenüber der deutschen Arbeiterschaft auf sich geladen, damit hat sie namenlos

ses Elend über unser Volk gebracht, weil sie alle ihre Versprechungen nicht halten kann, weil sie uns den Frieden der Verständigung nicht bringen kann, weil sie uns keine Arbeit schaffen kann, weil sie doch wieder eine bewaffnete Macht aufrichten muss, weil sie ohne das Beamtentum nicht auskommen kann, weil sie die Arbeitspflicht verlangen muss, weil vom allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht für Männer und Frauen über 20 Jahre kein Mensch leben kann, weil ohne die staatliche garantierte Sicherheit von Person und Eigentum chaotische Zustände eintreten müssen, weil ohne Ein- und Unterordnung des Einzelnen in die Gesellschaft kein staatliches Leben möglich ist.

So geht eine tiefe, verzweiflungsvolle Welle der Enttäuschung durch das ganze Volk, wenn sich die Einzelnen auch noch so lange nicht darüber klar sind, so lügen sich sogar Minister, Abgeordnete und Volksbeauftragte gegenseitig lustig weiter vor, man müsse die «Errungenschaften der Revolution» schützen vor der «Reaktion»; beides Begriffe, über die kein ehrlicher Staatsmann dem Volke klar sagen könnte, was er darunter überhaupt meint.

Die negativen Betätigungen der Revolution, die Absetzung einer Reihe von überlebten Dynastien, Absetzung der Offiziere, Abschaffung des Adels, Auflösung des Heeres, kurzum der «grosse Abbruch» ist doch keine «Errungenschaft». Und Reaktion?! Das weggefegte morsche Gottesgnadentum hat nirgends im ganzen Volke genügend moralischen Rückhalt, um zu irgendeiner kraftvollen Aktion zu kommen, das Bürgertum ist, soweit es sich um den wirklichen Bourgeois handelt, viel zu feig, viel zu moralisch versumpft, um sich aufzuraffen gegen die klassenbewusste Arbeiterschaft; also vor einer dynastischen oder bürgerlichen Reaktion braucht der herrschenden Klasse der Arbeiterschaft nicht bange zu sein.

Aber die tiefe Enttäuschung des Volkes über die sogenannten Errungenschaften der Revolution, das heisst über das Fehlen jeder wirklichen Besserung der Lage des Volkes, das ist die grosse Gefahr; diese Enttäuschung führt zum Abströmen grosser Massen immer weiter nach links, wo das bisher an Versprechungen Dargestandene weit über- bzw. unterboten wird.

Schliesslich kann man nicht mehr als «Alles Allen» versprechen.

Und das ist reiner Wahnsinn; aber jeder 'Gedanke, jede Erscheinung, jede Tätigkeit überspannt und übertrieben bis zum Äussersten wird schliesslich Wahnsinn und schlägt dann in sein Gegenteil um. So geht es auch mit dem kommunistischen Gedanken, dass Alles Allen gehören soll, denn dieser endet und mündet schliesslich dann, dass Alle – Nichts haben. Hunger, Verzweiflung, Elend, Krankheit und Not sind in Russland eingekehrt, die Menschen haben den letzten Rest von Lebensmut und Lebensfreude verloren.

Ich wiederhole: Der ungeheure Grundirrtum in der sozialistischen Gedankenwelt ist letzten Endes auf die Verkennung des tiefen Wesensunterschiedes zwischen dem Industriekapital und dem Leihkapital zurückzuführen. Das zinsfressende Leihkapital ist die Geissel der Menschheit, das ewige mühe- und endlose Wachstum des Grossleihkapitals führt zur Ausbeutung der Völker, nicht das schaffende, gütererzeugende, industrielle Betriebskapital.

Ich kann hier nicht an der Untersuchung der Frage vorbeigehen, warum dieser Wesensunterschied nicht erkannt worden ist; ob er wirklich nicht erkannt worden ist, oder ob er vielleicht gar zu Gunsten des Grossleihkapitals verschleiert worden ist, ob die Führer und Rufer im Streit gegen den Kapitalismus, ob die Verfasser des kommunistischen Manifestes, des Erfurter Programmes, die jetzigen Führer immer mit der nötigen Gewissenhaftigkeit vorgegangen sind.

Es ist das Schwerste und Ärgste, wenn man die unbedingte Ehrlichkeit und Überzeugung strenge eines anderen in Zweifel zieht, es fällt einem dies umso schwerer, je sorgsamer man selbst den Erscheinungen des Lebens gegenüber nach den Gründen und Zusammenhängen forscht. Ich will daher auch gar keine Antwort auf diese Fragen selbst geben, sondern nur auf grosse, dunkle Zusammenhänge hinweisen, indem ich mich auf einen Ausspruch Disraelis, des grossen englischen Premierministers Lord Beaconsfield beziehe.

Dieser schreibt in seinem Roman: «Endymien»: «Niemand darf das Rassenprinzip, die Rassenfrage, gleichgültig behandeln. Sie ist der Schlüssel zur Weltgeschichte. Und nur deshalb ist die Geschichte häufig so sehr konfus, weil sie von Leuten geschrieben werden ist, die die Rassenfrage nicht kannten, und ebenso wenig die dazugehörenden Momente.»

Der Bürger

Der Bürger, dem Ruhe als des Bürgers Pflicht gilt, ist sicher, wie immer bei jedem neuen Gedanken, bei jeder neuen revolutionären Forderung entsetzt, es bedeutet für ihn Unruhe, denn vielleicht müsste er gar dabei etwas denken. Jede Änderung ist ihm verhasst, sei Ruah will er haben, und wehe dem, der ihm an seinen Geldbeutel will. Nun will man ihm gar seine Zinsen nehmen, seinen Hauszins, seine Pfandbriefzinsen, seine Hypothekenzinsen, kurzum das, was seine Ruhe, sein Behagen und sein Glück ist.

So müssen wir denn immerhin untersuchen, was die Angehörigen der Leihkapital besitzenden Klassen zu sagen haben werden. Sie bilden, abgesehen von den eigentlichen Bourgeois – Bourgeois ist ein Menschentypus, mit dem gar nichts mehr anzufangen ist, der Bourgeois ist ein Ast am Baume der Mensch-

heit, der je eher, desto besser abgehauen wird, es sind dies die satten, selbstgefälligen Spiesser mit ihrem jämmerlichen Horizont, die keiner Begeisterung fähig, im ewigen Einerlei ihre Tage hinbringenden Menschen mit Kaffee, Morgenzeitung, Frühschoppen, Mittagsblatt, Mittagsessen, Nachmittagsschlaf, Couponabschneiden, Abendschoppen, Stammtisch, wenn es hoch kommt Kino, verständnislos für alles was die Welt bewegt, was die Jugend ersehnt, was dem Volk, dem Staat, der Gesellschaft nottut, unbekümmert um Krieg und Sieg, versumpft und vertrottelt, arrogant und unterwürfig zugleich, – aber eine so breite Klasse, dass unmöglich an ihr vorübergegangen werden kann.

Also: Durch die Brechung der Zinsknechtschaft wird der Sparsinn vernichtet, der Mensch endet im Armenhause.

Dass die Brechung der Zinsknechtschaft ganz allgemein seinen Einfluss auf den Sparsinn habe, muss entschieden verneint werden. Sparsinn hat ebensowenig wie z.B. Verschwendung mit geltenden wirtschaftlichen Anschauungen etwas zu tun. Sparsinn und Verschwendungssucht sind menschliche Eigenschaften, die entweder vorhanden sind oder fehlen, ganz gleich, ob ein Zeitalter den Zinsgedanken predigt oder den Zins verpönt.

In den Zeiten des Übergangs kann wohl eine Erhöhung oder Verminderung des Sparsinnes hervorgehoben werden. Ich neige aber im gegebenen Fall viel mehr der Anschauung zu, dass ein vernünftiger, wirtschaftlich veranlagter Mensch sich Folgendes sagen wird: Ich kann in Zukunft nicht mehr damit rechnen, dass ich nur von meinen Zinsen leben kann. Leben will ich aber in späteren Jahren, und auch meinen Kindern noch etwas hinterlassen, also muss ich jetzt mehr sparen. Diese Wirkung muss meines Erachtens die Brechung der Zinsknechtschaft auf die Mehrzahl der Menschen ausüben, denn sonst sind sie ja für das Alter auf öffentliche Unterstützung angewiesen. Ich muss auch an dieser Stelle noch einmal nachdrücklichst betonen, dass bei der derzeitigen Belastung des Besitzes durch direkte Steuern und jeglicher Lebenshaltung durch indirekte Steuern von den schönen Zinsen nichts übrigbleibt – ausser, wenn – und das ist ja das ungerechte und zu Bekämpfende – das gesamte Einkommen nur aus ewiger Kapitalrente fließt, also ein Sinken des Sparsinns ist wohl nicht zu befürchten.

Ist denn (das hassenswerte) Grosskapital wirklich so ganz unfruchtbar, hat es nicht auch die Mittel geschaffen zu grossartigen Fortschritten, die grössere Früchte für die Menschheit tragen als der Zins des Leihkapitals ausmacht?

Nein! Die Fragestellung beweist nur, dass mammonistische Phraseologie unseren klaren Blick getrübt hat.

Das Grosskapital hat nicht die Mittel geschaffen, zu grossartigen Fortschritten, sondern das Grosskapital ist aus der Arbeit gewachsen! Jedes Kapital ist aufgespeicherte Arbeit. Das Grosskapital ist an sich unproduktiv, weil eben Geld an sich eine durchaus unfruchtbare Sache ist.

Aus Geist, Arbeit und vorhandenen oder bereits erarbeiteten Rohstoffen oder Bodenschätzen sind Werte geschaffen, Güter erzeugt worden, durch Arbeit und nur durch Arbeit.

Denn wenn man auf den fettesten Acker, in das reichste Kohlenbergwerk noch so viel Geld hineinschüttet, deshalb trägt der Acker doch kein Korn, speit das Bergwerk von selbst keine Kohlen aus! Das wollen wir doch endlich einmal festhalten.

Wenn die Menschen das Geld erfunden haben, so ist das sehr sinnvoll und verständig; denn in jeder komplizierten Wirtschaft bedarf man dieser (allgemein anerkannten) «Anweisung auf geleistete Arbeit».

Aber dass diesen «Geldreichen» eine Kraft innewohnen soll, ewig aus sich heraus ins Ungeheure zu wachsen – und das tut das Geld, wenn es Zins tragen kann – das ist's, wogegen sich unser Innerstes auflehnt, das ist's, was das Geld weit hinaushebt über alle anderen irdischen Erscheinungen, das ist's, was das Geld zum Götzen macht. Und alles das ist doch nur der ungeheuerste Selbstbetrug der Menschheit! Nichts, gar nichts vermag das Geld aus sich selbst. Tisch, Schrank, Kleid, Haus, Werkzeug, kurzum alles um uns hat doch irgendeinen Wert; den ältesten Tisch kann man schliesslich noch einheizen und sich dran wärmen, aber mit einem Zwanzigmarkschein kann ich gar nichts anfangen, nicht einmal ein Stück Käse kann ich drin einwickeln. Erst nachdem die Menschen sinnvollerweise übereingekommen sind, zur Erleichterung des Austausches der Güter zum Verbrauch, Anweisungen auf geleistete Arbeit zu schreiben, erst damit bekommt das Stückchen Papier Sinn und Witz, und es ist sehr verständig, dass der Bauer für sein Korn vom Kohlenbergwerk nicht eine Kohle, sondern Geld bekommt, also eine Anweisung auf anderweitig geleistete Arbeit, z.B. Heugabeln, Geschirr, Pflug und Sense. Aber damit soll es aus sein mit der Macht des Geldes.

Also nicht das Geld hat die grossartigen Fortschritte der Menschheit bewirkt, sondern die Menschen selbst haben es getan, ihr kühner Geist, ihr stolzer Wagemut, ihr kluger Sinn, die Kraft ihrer Hände, ihre gemeinsame, also soziale fleissige Arbeit. So stolz und so klar müssen wir sehen. Die Menschen selbst waren das, doch nicht die armseligen Stücklein Papiere, die die Menschen erfunden haben zur Vereinfachung der Wirtschaft.

Weiteres Programm

Die Brechung der Zinsknechtschaft ist aber nicht das letzte Ziel der neuen Staatskunst, sie ist zwar die einschneidendste Tat, die einzige Tat, die alle Völker zu einigen vermag zu einem wahrhaften Völkerbund, gegen die alle Völker umspannende Gewaltherrschaft des Mammonismus. Aber sie ist nicht das Letzte. Dagegen muss die Brechung der Zinsknechtschaft allen weiteren Schritten vorausgehen, weil sie, wie wir gesehen haben, das Weltübel an der Wurzel fast, und zwar an der Hauptwurzel.

Erst wenn die grundlegende Forderung nach Brechung der Zinsknechtschaft erfüllt ist, wird überhaupt erst der Weg frei zum sozialen Staat. Dies muss klar erkannt werden und all den mammonistischen Gewalten zum Trotz durchgesetzt werden. Ein sozialistischer Staat auf mammonistischer Grundlage – der Schrei nach Sozialisierung ist weiter nichts als der Versuch, die Vertrustung aller Industrien herbeizuführen und überall Riesenkonzerne zu bilden, auf die natürlich auch in Zukunft wiederum trotz aller Vermögensabgaben das Grossleihkapital den entscheidenden Einfluss haben wird – ist ein Unding und führt mit Naturnotwendigkeit zu einem Kompromiss zwischen der bereits stark mammonistisch verseuchten Sozialdemokratie und dem Grosskapital.

Wir dagegen verlangen radikale Abkehr vom mammonistischen Staat und einen Aufbau des Staates im wahren Geiste des Sozialismus, in dem die herrschende Grundidee die Nährpflicht ist, worin eine alte kommunistische Grundforderung ihre vernünftige und sinnvolle Befriedigung finden kann – in der Gestalt, dass jeder Volksangehörige sein Anrecht auf den heimatlichen Boden zugesprochen erhält durch die staatliche Vermittlung der wichtigsten Nahrungsgüter.

Wir fordern ferner als Gerippe für den neuen Staat eine Volksvertretung durch die Kammer der Volksbeauftragten, die auf breitester Grundlage zu wählen sind, daneben eine ständische Kammer der Arbeit, den Zentralrat, in welcher

das werktätige Volk nach seiner beruflichen Gliederung und wirtschaftlichen Struktur zu Worte kommt.

Schliesslich fordern wir die höchste Verantwortlichkeit für die Leiter des Staates. Mit diesem neuen Staatsaufbau auf sozialistisch-aristokratischer Grundlage wird sich eine weitere Arbeit befassen, die bald im gleichen Verlage erscheint. Die Voraussetzung für all diesen Aufbau aber bleibt die Brechung der Zinsknechtschaft.

Mein unerschütterlicher Glaube, nein mehr noch, mein Wissen lässt mich klar erkennen, dass die Brechung der Zinsknechtschaft nicht nur erzwingbar ist, sondern mit unbeschreiblichem Jubel überall aufgenommen werden wird und muss, denn wohlgermt: Entgegen allen sonstigen noch so wohlgemeinten Gedanken und Bewegungen und Bestrebungen, die auf Verbesserung des Menschengeschlechtes hinzielen, versucht mein Vorschlag nicht die menschliche Natur verbessern zu wollen, sondern er wendet sich gegen einen Giftstoff, gegen eine Erscheinung, die ganz entgegengesetzt dem innersten Empfinden des Menschen künstlich, nein, teuflisch erfunden worden ist, um die Menschheit krank zu machen, um sie zu tiefst im Materialismus zu verstricken, um ihr das Beste zu rauben, was sie hat, die Seele. Daneben geht Hand in Hand die furchtbare, unbarmherzige Tyrannei der Geldmächte, für die die Menschen nur mehr Zinsknechtsklaven sind, nur dazu da sind, um für die Rente, für den Zins zu arbeiten.

Tief erschüttert erkennen wir die furchtbare Klarheit und Wahrheit der alten Bibelweissagungen, wonach der Judengott Jave seinem auserwählten Volk verheisst: «Ich will Dir zu eigen geben alle Schätze der Welt, Dir zu Füssen sollen alle Völker der Erde liegen und Du sollst herrschen über sie».

Diese Weltfrage ist nun vor Euch allen aufgerollt. Weltfragen werden nicht im Handumdrehen gelöst, aber die Idee ist klar wie der Tag. Und die Tat muss sorgsam vorbereitet werden, wir müssen uns darüber klar sein, dass wir dem gewaltigsten Feind, den weltumspannenden Geldmächten gegenüberstehen. Alle Gewalt auf der Gegenseite, auf unserer Seite nur das Recht, das ewige Recht der schaffenden Arbeit.

Reicht mir die Hände, Werktätige aller Länder, vereinigt Euch!